

Pressespiegel regional, 06.01.2015 - 08.01.2015

Großdemo gegen Pegida geplant

sz-online, 06.01.2015, hbe/mja

Die Stadt Dresden und das Land Sachsen wollen an diesem Wochenende ein Zeichen gegen das Bündnis Pegida setzen, das in den vergangenen Wochen starken Zulauf verzeichnen konnte.

Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) rufen gemeinsam dazu auf, am Sonnabend 15 Uhr vor der Frauenkirche gegen die asylkritische Bewegung zu demonstrieren. Das gab Orosz am Dienstagabend beim Neujahrsempfang des Energieversorgers Drewag bekannt.

„Es ist außerordentlich wichtig, dass wir zeigen, dass Dresden und Sachsen weltoffen sind“, sagte Orosz. Nähere Einzelheiten sollen am Mittwoch bekannt gegeben werden.

Stanislaw Tillich und Dresdens OB Helma Orosz rufen zum Protest gegen Pegida auf

DNN, 06.01.2015, tbh

Es soll ein machtvolleres Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz werden: Für diesen Sonnabend rufen Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (beide CDU) gemeinsam zur Großkundgebung vor die Frauenkirche. Ab 15 Uhr soll es losgehen.

Die Veranstalter hoffen auf 20.000 Teilnehmer. Das sagte Orosz am Dienstagabend beim Neujahrsempfang des städtischen Energieversorgers Drewag im Kraftwerk Mitte. Konkrete Details nannte sie am Abend nicht.

Offiziell wollte die Staatskanzlei am Mittwoch weitere Informationen zu der geplanten Großkundgebung geben. Ministerpräsident Tillich hatte am Dienstag zunächst mitgeteilt, nicht bei der Pegida-Kundgebung sprechen zu wollen.

OB Orosz ruft Dresdner zum Protest gegen Pegida

Bild, 06.01.2015, CHR. FISCHER

Jetzt will auch die Stadt Dresden und das Land Sachsen ein sichtbares Zeichen gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit setzen.

Oberbürgermeisterin Helma Orosz (61, CDU) ruft gemeinsam mit Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (55, CDU) die Bürger auf, am Samstag 15 Uhr vor die Frauenkirche zu kommen. Hier ist ein großer Protest gegen Pegida geplant.

Das verkündete die Oberbürgermeisterin Dienstagabend vor versammelten Stadträten und Wirtschaftsbossen beim Neujahrsempfang des städtischen Energieversorgers DREWAG.

Orosz zu BILD: „Es ist außerordentlich wichtig, dass wir zeigen das Dresden und Sachsen

weltoffen sind. Wir haben Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bürger, können aber nur etwas ändern, wenn wir miteinander reden.“

Zur Kundgebung „Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk“ werden mehr als 20000 Menschen erwartet. Die OB verspricht sich von der Aktion, das sich daraus Bürgerdialoge entwickeln.

Tillich lehnt Pegida-Angebot ab: "Demonstrationen schaden dem Land und der Stadt Dresden"

DNN, 06.01.2015, dbr

Das Angebot der Pegida-Bewegung an Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU), auf einer der nächsten Pegida-Demonstrationen in Dresden zu sprechen, hat Tillich am Dienstag abgelehnt. Grundsätzlich stehe er immer zu einem Gespräch oder einem Dialog mit Bürgern zur Verfügung. "Das Angebot aber von einer Bühne zu sprechen, von der die Kanzlerin und andere Politiker mehrfach unsachlich beschimpft und gegen Ausländer gehetzt wurde, lehne ich ab. Ich werde den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Angebote für einen Dialog über ihre Sorgen und Nöte unterbreiten", versprach Tillich.

Bisher habe Pegida kein Problem gelöst oder zu einer Lösung beigetragen. "Vielmehr schaden die Demonstrationen dem Land und der Stadt Dresden, denn sie vermitteln der Weltöffentlichkeit ein Bild, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Das Bild passt nicht zur Mehrheitsmeinung der Sachsen. Die übergroße Mehrheit kümmert sich um den Zusammenhalt in der Gesellschaft und trägt dazu bei, dass Sachsen allen Menschen eine gute Heimat ist", so Tillich am Dienstag.

Unter Pfiffen der Kundgebungsteilnehmer hatte die Pegida-Mitorganisatorin Kathrin Oertel den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich am Montagabend eingeladen, auf einer der nächsten Veranstaltungen zu sprechen.

Die Anti-Islam-Bewegung Pegida wird inzwischen weltweit beachtet, auch Altkanzler und Bundesminister warnen vor Fremdenfeindlichkeit. Trotz des Zulaufs für das rechtspopulistische Bündnis in Dresden sieht Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Demonstrationen jedoch als regionales Phänomen, das nicht überschätzt werden sollte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sieht das Bild Deutschlands in der Welt gefährdet.

Die elfte Pegida-Kundgebung in der sächsischen Landeshauptstadt am Montagabend war mit rund 18 000 Teilnehmern die bislang größte. Zeitgleich gingen dort rund 4000 Menschen, bundesweit sogar mehrere Zehntausend gegen Islam- und Ausländerfeindlichkeit auf die Straße. Offene Fragen Einwanderung und Integration müssten beantwortet werden - nicht wegen Pegida, sondern für die deutsche Politik, sagte de Maizière dem US-Sender CNN. Er wies darauf hin, dass in anderen deutschen Städten Bemühungen für einen breiten Anti-Islam-Protest gescheitert seien. Allerdings hätten Politik und Medien derzeit Probleme, „einige Teile der Gesellschaft zu erreichen“.

Internationale Nachrichtensender wie CNN, BBC und Al-Dschasira machten am Dienstag die Pegida-Demonstration zum Thema. Auch die Presse in Europa und weltweit setzte sich mit der islamfeindlichen Bewegung auseinander - zumeist kritisch, teils aber auch verständnisvoll.

Tim H. von Vorwurf Landfriedensbruch freigesprochen

sz-onöline, 06.01.2015, Alexander Schneider

Im Berufungsprozess gegen den Antifaschisten aus Berlin gab es erneut massive Kritik an der Ermittlungsarbeit der Polizei.

Erst Gefängnis, jetzt Freispruch – es ist ein Wechselbad der Gefühle, das Tim H. mit der Dresdner Justiz erlebt. Vor zwei Jahren wurde der Antifaschist aus Berlin am Amtsgericht wegen schweren Landfriedensbruchs zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Am Dienstag hielt das Landgericht die Beweise dafür jedoch für nicht ausreichend. Tim H. wurde in seinem Berufungsprozess lediglich wegen Beleidigung schuldig gesprochen und muss eine Geldstrafe von 4 050 Euro zahlen.

Wieder endet ein Prozess gegen einen mutmaßlichen Rädelsführer der gewaltsamen Ausschreitungen am 19. Februar 2011 mit peinlicher Kritik an der Arbeit der Ermittler. Während Polizei und Staatsanwaltschaft behauptet hatten, nur Tim H. habe am Tatort, einer kleinen Straße in der Dresdner Südvorstadt, ein Megafon dabei gehabt, entdeckten H.s Verteidiger mindestens vier weitere Demonstranten, die ebenfalls mit Flüstertüten ausgestattet waren. „Die gute Arbeit der Verteidigung wäre eigentlich Aufgabe der Polizei gewesen“, sagte der Vorsitzende Richter Walter Voigt.

Schon im Prozess gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König wiesen dessen Verteidiger nach, dass Lautsprecher-Durchsagen, die König zugeschrieben wurden, tatsächlich so nicht stattfanden. Königs Prozess – er war wie Tim H. wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt – wurde kürzlich eingestellt, der Pfarrer akzeptierte eine Geldauflage.

Gestern war König Zuschauer im Berufungsprozess gegen Tim H. Und auch in diesem Verfahren mangelte es offensichtlich an einer professionellen Auswertung von Videobildern – und an professionellen Polizeizeugen. Obermeister Maik U. etwa war nicht in der Lage, dem Gericht zu erklären, wie er und seine Kollegen gegen H. ermittelt haben. Er hatte sich nicht einmal auf seine Aussage vorbereitet. Dabei hätte es der Beamte besser wissen müssen: Er war schon im König-Prozess Zeuge, wurde von Königs Verteidiger Johannes Eisenberg wegen Fälschung von Beweismitteln angezeigt. Gegen U. wird noch immer ermittelt. Unklar ist, warum das Gericht überhaupt U. vernahm, der wegen dieses Verfahrens belastet ist, und nicht den Soko-Leiter.

H.s Verteidiger Ulrich von Klinggräff sagte, er sei erst wegen des König-Prozesses auf die Idee gekommen, auf den Videos nach weiteren Megafonen zu suchen. „Die Videos sind manipuliert“, kritisierte er.

Die Megafon-Funde waren für das Gericht entscheidend. Auch andere Demonstranten hätten zu Gewalt aufgerufen können. Zumal keine Videobilder H. vor der Sperre beim Benutzen des Megafons zeigten. „Was offen bleibt, kann man nicht mit Mutmaßungen füllen“, sagte Richter Voigt.

Tim H.s Verteidiger forderten Freispruch. Die Staatsanwaltschaft sah Tim H. weiter in allen Punkten schuldig und forderte aufgrund der Dauer eine Bewährungsstrafe von nur noch acht Monaten.

Angaben zur Sache machte H. auch am letzten der drei Verhandlungstage nicht. Er ist Angestellter der Linkspartei und Vater zweier Kinder. Ein Anthropologe wertete Aufnahmen des Täters aus und identifizierte den Angeklagten darauf mit hoher Sicherheit. Das Gericht war überzeugt, dass H. vor

Ort war. Auch seine Beteiligung am Durchbruch, H. sei nicht in vorderster Linie gewesen, genüge nicht für eine Verurteilung. Lediglich die Beleidigung müsse er sich anrechnen lassen. Als H. durch die überrannte Sperrstelle lief, rief er zu den Polizisten „Nazischweine“ in das Megafon.

Aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Maul reden

mdr, 06.01.2015, Michael Bartsch

Kann man mit Pegida reden? Das ist die Frage dieser Woche, nachdem es gestern erste Gesprächsansätze gab, Pegida Ministerpräsident Tillich eingeladen hat und die AfD am Mittwoch ihrerseits Pegida-Vertreter empfängt.

Pro und kontra Dialog

Mit den Organisatoren und geistigen Brandstiftern nicht, sagen Linke und "Dresden nazifrei". Wohl aber mit glaubwürdig besorgten Bürgern, die meist auf Halbwissen basierende Ängste jeden Montag auf die Straße treiben, meinen vor allem die Parteien und die Kirchen. Im Dezember hat das Wort vom "Dialog" vor allem aus Politikermund wieder Konjunktur bekommen. Mancher fühlt sich an die Dialogbeschwörungen des Herbstes 1989 erinnert, obschon gerade im Zusammenhang mit Pegida und ihren "Wir sind das Volk"-Rufen solche Vergleiche Empörung hervorrufen müssen. Wie wenig eindeutig die Frage nach den realen Aussichten eines Dialogs zu beantworten ist, zeigte der vergangene Montag.

Gefühltes Aggressivitätspotenzial nimmt zu

Bei der erneut erschreckend großen Zahl der Pegida-Demonstranten, die in etwa der vor zwei Wochen entsprach, entsteht der Eindruck zunehmender Verbissenheit und Abschottung. Journalisten kommen praktisch an keinen Teilnehmer mehr heran. Der Ruf "Lügenpresse" wird mit Abstand am häufigsten skandiert. Gegenüber den ersten "Spaziergängen" ist eine wachsende Aggressivität zu beobachten. Sie äußerte sich nicht nur in dem Versuch einer größeren Hooligan-Gruppe, die Route der Gegendemonstranten zu blockieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird ob ihrer Pegida-Kritik anhaltend ausgebuht. Auch Rednerin Kathrin Oertel spricht davon, dass die Proteste in Wut umschlagen könnten. Dann taucht auch noch der ehemalige FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte auf und hetzt auf subtile und wohldosierte Weise gegen einen Islam, der angeblich ganz Deutschland unterwandert. Hier sind Vergleiche mit der Stimmungsmache gegen Juden unter den Nazis sicher nicht unangebracht.

Einladung mit einkalkulierter Absage

Dieses "Volk" erscheint nicht dialogfähig. Doch dann kommt Frau Oertel und lädt überraschend Ministerpräsident Stanislaw Tillich ein, vom Pegida-Lautsprecherwagen zu reden. Der Vorschlag wird von der Menge mit abfälligem Gemurmel und Rufen wie "Dem flattern doch jetzt schon die Hosen" quittiert. Man will nur hören, was dem eigenen Bauchgegrummel entspricht. Gerade deshalb hätte der Ministerpräsident dieses Angebot annehmen sollen. Bedauerlich, dass er es nicht getan hat. Der als nett, aber farblos geltende Tillich hätte mit jedem Satz, der von Pegida ausgepfiffen wird, nur an Statur gewinnen können - mit einem Bekenntnis zu genau den christlich-abendländischen Grundwerten, die Pegida angeblich verteidigen will und ohne selbst in populistischer Art und Weise dem schlichten Volk abseits ethischer Normen nach dem Munde zu reden.

Dialogversuche mit bescheidener Resonanz

Gespräche mit einzelnen Bürgern, die Pegida nahe stehen, hat es am Montag an der "Speakers Corner" am Straßburger Platz tatsächlich gegeben. Ein mehrfach von einem Libanesen bestohlener Chemnitzer, eine von der gesamten Weltentwicklung beunruhigte Bürgerin oder ein vom Islam Verängstigter erhielten unter anderem von Integrationsministerin Petra Köpping öffentlich Antworten. Ein bescheidener Anfang, der sich am Folgetag in der Landeszentrale für Politische Bildung fortsetzen sollte.

Auf einem anderen Blatt steht die Begegnung der AfD mit Pegida am Mittwochabend. Hier spielen strategische Erwägungen eine Rolle. Denn sollte die in allen dunklen Farben schillernde Pegida sich nach der Vereinsstruktur bis hin zu einer Parteistruktur entwickeln, entstünde der AfD ernsthafte Konkurrenz.

Stimmung bei PEGIDA-Märschen wird aggressiver

addn, 07.01.2015, Paul

Zum ersten Mal im neuen Jahr versammelten sich im Stadtzentrum von Dresden wieder mehrere tausend Menschen, um damit erneut ein Zeichen gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands zu setzen. Nach einer Pause in der letzten Woche des Jahres zogen die nach Polizeiangaben etwa 18.000 Menschen der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes von der Cockerwiese, unweit der an diesem Abend unbeleuchteten Gläsernen Manufaktur am Straßburger Platz, am Stadion vorbei bis zum Lennéplatz. Von dort ging es anschließend über die Park- und die Blüherstraße wieder zurück zum Ausgangspunkt der Demonstration. Nicht nur das verregnete Wetter, sondern vor allem auch die von den Verantwortlichen gewählte Route durch menschenleere Straßen dürften dazu beigetragen haben, dass am Ende des Spaziergangs die Situation kurz davor war, zu eskalieren. Erst der Polizei und den Ordnern gelang es schließlich die etwa 200, teilweise verummten, jungen Männer aus dem Hooliganspektrum daran zu hindern in Richtung der Gegendemonstration durchzubrechen. Ob es tatsächlich die von der Polizei medial verbreiteten 18.000 oder doch nur rund 13.000 Menschen waren, spielt für die Betrachtung keine Rolle. Fest steht, in keiner anderen deutschen Stadt schafft es eine islamfeindliche Bewegung, auch nur ansatzweise, das Zahlenniveau von Dresden zu erreichen. Fest steht aber auch, dass trotz der aus dem gesamten Bundesgebiet zugereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Gesamtzahl zum ersten Mal stagniert haben dürfte.

Prominentester Sprecher an diesem Abend war der ehemalige Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Udo Ulfkotte, welcher bereits am 22. Dezember auf der BOGIDA-Demonstration in Bonn einen ersten Auftritt als Redner hatte. Ulfkotte gilt nach der Veröffentlichung seines, im berühmten Kopp Verlag herausgegebenen, Buches: "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken" als neuer Shootingstar in der Verschwörungsszene. Im ersten von drei geplanten Büchern zum Thema Medienmanipulation schildert er anhand eigener Erfahrungen Aspekte der Medienwelt, in der journalistische Arbeit gekauft und letztendlich beeinflusst werden, indem beispielsweise Agenturmeldungen ohne eigene Recherche übernommen und bestimmte Inhalte erst gar nicht thematisiert werden. Wasser für die Mühlen derer, die auch an diesem Montag wieder zu tausenden aus ganz Deutschland angereist waren und auf mitgebrachten Plakaten gegen Linke, den Islam und das Establishment wetterten. Dazu passte es dann auch, dass aus den Reihen der Versammlung immer wieder Pressevertreterinnen und Pressevertreter beleidigt und angegangen wurden.

Ein, wenn auch nur kleines, Novum stellte das Redeangebot an Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) dar, den die Mitveranstalterin Kathrin Oertel dazu aufrief, „zeitnah“ auf einer der nächsten Veranstaltungen von PEGIDA zu sprechen. Die Reaktion von Tillich erfolgte prompt. In deutlichen Worten erteilte der sächsische Ministerpräsident der Idee eine Absage: „Das Angebot aber von einer Bühne zu sprechen, von der die Kanzlerin und andere Politiker mehrfach unsachlich beschimpft und gegen Ausländer gehetzt wurde, lehne ich ab. Ich werde den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Angebote für einen Dialog über ihre Sorgen und Nöte unterbreiten. Bisher hat PEGIDA kein Problem gelöst oder zu einer Lösung beigetragen. Vielmehr schaden die Demonstrationen dem Land und der Stadt Dresden, denn sie vermitteln der Weltöffentlichkeit ein Bild, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Das Bild passt nicht zur Mehrheitsmeinung der Sachsen. Die übergroße Mehrheit kümmert sich um den Zusammenhalt in der Gesellschaft und trägt dazu bei, dass Sachsen allen Menschen eine gute Heimat ist.“ So blieb es letztlich bei den mittlerweile üblich gewordenen montäglichen Rundumschlägen gegen Medien und verbalen Attacken auf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Das sollte jedoch nicht der einzige Vorfall an diesem Tag bleiben. So schafften es parallel zur PEGIDA-Veranstaltung insgesamt 18 Personen der auch in der sächsischen Landeshauptstadt ansässigen neurechten „Identitären Bewegung“ Fotos von sich mit Fahnen und Transparenten im und vor dem Gebäude des Sächsischen Landtag zu knipsen. Erst nach mehreren Aufforderungen durch das ebenfalls anwesende Sicherheitspersonal verließ die Gruppe das Gebäude und wurde im Anschluss an die Aktion von der Polizei festgehalten und kontrolliert. Am Tag darauf erstattete der Präsident des Landtags, Matthias Röbner (CDU), bei der Dresdner Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die Gruppe. Der Ort dürfte nicht zufällig ausgewählt worden sein, denn schließlich hat die Landtagsfraktion der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) die Mitglieder von PEGIDA für heute zu einem gemeinsamen Gespräch in die Räumlichkeiten des Landtags eingeladen.

Unterdessen mehren sich Stimmen aus der Politik, die dazu aufrufen, sich klar von PEGIDA zu distanzieren. Unlängst hatte sich die deutsche Bundeskanzlerin in ihrer jährlichen Neujahrsansprache an die Bevölkerung gewandt und daran appelliert, nicht denen zu folgen, die zu solchen Protesten aufrufen. „Zu oft“, so die Kanzlerin, „sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen“. „Heute rufen manche montags wieder ‚Wir sind das Volk‘. Aber tatsächlich meinen Sie: Ihr gehört nicht dazu – wegen Eurer Hautfarbe oder Eurer Religion“. Erst gestern hatten rund 80 Prominente aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Sport in der BILD-Zeitung Flagge für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland gezeigt. Dass dies jedoch in einer Zeitung geschieht, welche mit ihrer stellenweise offenen rassistischen Hetze und ihren verbreiteten Lügen auch einen großen Teil zum Erfolg von PEGIDA beigetragen haben dürfte, zeigt, welchen medialen und tagespolitischen Stellenwert PEGIDA mittlerweile erreicht hat. Standpunkte, die noch vor wenigen Wochen Bestandteil des medialen und politischen Alltags im Land waren, sind angesichts des weltweiten Medieninteresses an dieser neuen Bewegung plötzlich nicht mehr relevant. Jetzt, wo in der Öffentlichkeit vertretene islamfeindliche Positionen auch in zunehmenden Maße international wahrgenommen und Deutschlands guter Ruf als Gastgeber gefährdet ist, folgen beinahe täglich Stellungnahmen von Vertreterinnen und Vertretern nahezu aller politischer Parteien. Was allerdings fehlt, ist ein Ohr für diejenigen, die unter dem ressentimentgeladenen Klima besonders zu leiden haben.

„[Es brauche] etlichen Mut auf die Pegida-Demonstration zu gehen und vor Tausenden sehr aufgebracht Leuten zu sprechen. Wenn aber ein Ministerpräsident ein Volksführer sein wolle, dann habe er an dieser Stelle die Aufgabe vor jenem Teil des Volkes zu treten, der wünscht, dass er spreche.“ Politikprofessor Werner Patzelt (CDU) im MDR

Zeitgleich zu PEGIDA hatten am frühen Montagabend in Dresdens Innenstadt mehrere

Gegenveranstaltungen stattgefunden. An einer Spontankundgebung vor der Centrum-Galerie auf der Prager Straße beteiligten sich etwa 400 Menschen und zeigten sich solidarisch mit den Betroffenen der rassistisch motivierten Übergriffe vom 22. Dezember. Zur selben Zeit hatten sich auf dem Postplatz etwa 3.500 Menschen zu einem als Neujahrsputz angemeldeten Konzert der Bands Banda Comunale und Yellow Umbrella versammelt (Fotos 1 | 2). Nach dem Ende der Kundgebung auf der Prager Straße zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer angeführt vom Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König bis zum Postplatz und danach zusammen weiter in Richtung Straßburger Platz, wo nach dem Ende der PEGIDA-Veranstaltung der Ort symbolisch gereinigt werden sollte. Ein zuvor von mehreren Seiten kritisierte Versuch, mit Teilen von PEGIDA ins Gespräch zu kommen, scheiterte am Montag wie so oft in diesen Tagen, an der fehlenden Gesprächsbereitschaft. Den von Vertreterinnen und Vertretern des lokalen Islamischen Zentrums sowie SPD, Linken und den Grünen angebotenen Dialog am Rande der PEGIDA-Auftaktveranstaltung nahmen lediglich zehn Personen wahr. Einen direkteren Draht suchte derweil Dresdens Vorzeigepolitikprofessor Werner Patzelt, der im Rahmen einer eigenen soziologischen Feldforschung auf den Spuren von PEGIDA unterwegs war und seine Forderung nach einem Dialog erneuerte.

Ganz anders und doch so sächsisch typisch sieht das Verhalten der Stadt aus. Auf dem Neujahrsempfang des Energieversorgers DREWAG im Kraftwerk Mitte kündigte Dresdens noch bis Februar regierende Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) gemeinsam mit Ministerpräsident Tillich für das kommende Wochenende ein machtvolleres und sichtbares Zeichen gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit an. Alle Dresdnerinnen und Dresdner werden dazu aufgerufen, sich am Samstag ab 15 Uhr vor der Dresdner Frauenkirche einzufinden, um damit nicht nur Weltoffenheit, sondern auch Gesprächsbereitschaft und Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu signalisieren. Das Ziel der Kundgebung unter der Losung "Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk" soll es sein, Bürgerdialoge in Gang zu setzen. Ein Motto also, von dem sich auch die Anhängerschaft von PEGIDA angesprochen fühlen dürfte. Einer erster Schritt in diese Richtung sind von der sächsischen Landesregierung eingerichtete Diskussionsforen, an denen nach den Vorstellungen von Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) in Zukunft auch Ministerpräsident Tillich und Innenminister Markus Ulbig (CDU) beteiligen werden. Ganz soweit sollte die ausgelobte Distanzierung von PEGIDA dann wohl doch nicht gehen.

Pegida trifft AfD nicht im Landtag

MDR, 07.01.2015

Die Organisatoren der Pegida-Bewegung in Dresden sind mit Vertretern der Partei "Alternative für Deutschland" in Sachsen zusammengekommen. Entgegen der Ankündigung fand das Gespräch nach Information von MDR SACHSEN nicht im Landtag statt. Ursprünglich wollten die AfD-Abgeordneten um 18 Uhr mit dem 12-köpfigen Organisationsteam um Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann zusammenkommen. Über die Ergebnisse will die AfD-Fraktion am Donnerstag informieren. Fraktionschefin Frauke Petry hatte im Vorfeld mitgeteilt, man wolle sich vorurteilsfrei und auf direktem Weg über die politischen Ziele von Pegida informieren. Als Gesprächsbasis nannte sie das 19-Punkte-Papier von Pegida. Auf diesem seien Schnittmengen mit den politischen Auffassungen der AfD erkennbar, aber aus einem Satz könne noch keine Position abgeleitet werden, erklärte Petry. Deshalb sei man auf die Begründungen gespannt.

"Eine einmalige Sache"

Von Pegida-Seite erklärte Mitorganisator René Jahn bei Spiegel-Online, die Anfrage zu dem Treffen sei von der AfD-Seite erfolgt. Sie habe als erste Fraktion eine Einladung ausgesprochen und nehme

die Bewegung ernst. Zugleich betonte er, das Treffen sei eine einmalige Sache. Auch wolle Pegida sich nicht kommunalpolitisch engagieren.

Macht die AfD Rassismus salonfähig?

Die Grünen-Fraktion zeigte sich wenig überrascht über das Treffen. Fraktionsvorsitzender Volkmar Zschocke erklärte, die AfD versuche, aus der derzeit auffallenden fremdenfeindlichen Stimmung politisches Kapital zu schlagen. Mit der Gesprächseinladung in den Landtag bewiese die Partei ihre große geistige Nähe zu Pegida und trage dazu bei, antimuslimischen Rassismus salonfähig zu machen. Er habe allerdings nicht den Eindruck, dass die Pegida-Organisatoren andere Meinungen respektieren und Gespräche führen wollen. Dennoch würde er sich nicht wundern, wenn auch die CDU Annäherungsversuche zu Pegida unternähme.

Im Landtag bitte öffentlich diskutieren

SPD-Fraktionschef Dirk Panter findet an der Einladung grundsätzlich nichts auszusetzen. Es sei das gute Recht der AfD, sich Bürger in den Landtag einzuladen. Panter kritisierte jedoch dass Pegida sich nur die Gesprächspartner aussuche, die ihnen genehm seien. Der Landtag sei jedoch ein Ort öffentlicher Diskussion, betonte der SPD-Politiker mit Blick auf die geschlossene Veranstaltung. Die CDU wollte sich nicht weiter zu dem Treffen äußern. Eine Einladung der Pegida-Organisatoren, bei einer Kundgebung zu sprechen, hatte Regierungschef Stanislaw Tillich ausgeschlagen.

Nicht nur Pegida eine Bühne bieten

Die Linken-Fraktion reagierte mit einer eigenen Veranstaltung im Landtag auf das AfD-Pegida-Treffen. Am Nachmittag setzten sich Fraktionschef Rico Gebhardt und weitere Abgeordnete mit Demokratie-Initiativen zusammen. Zugesagt hatten die Bündnisse "Dresden für Alle" und "Dresden Nazifrei", das Kulturbüro Sachsen, die RAA Opferberatung und die Jugendgruppe der Alevitischen Gemeinde Dresden. "Wir wollen dafür sorgen, dass nicht nur die Pegida-Organisatoren im Sächsischen Landtag ein Forum bekommen, sondern auch Menschen, die sich für einen menschenfreundlichen Umgang mit Asylsuchenden und Zuwanderern einsetzen", begründete Gebhardt das Treffen. Gesprächsschwerpunkte waren Fragen, wie die Sicht der von Rassismus betroffenen Menschen besser in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden kann und wie sich verhindern lässt, dass Pegida zum Stichwortgeber für offizielle Politik wird. Außerdem wollten die Teilnehmer beraten, wie die Anti-Pegida-Proteste in Zukunft unterstützt werden können.

Dass die AfD von einer Verbindung mit Pegida profitieren könnte, glaubt Gebhardt nicht: "Die Truppenteile, die sich bei Pegida sammeln, einzufangen, wird eine Illusion sein. Das kann man nicht. Ich halt's mit Heribert Prantl: 'Mit dem Pöbel auf der Straße kann man nicht diskutieren.'"

Eine einmalige Aktion – erst mal

sz-online, 07.01.2015, Andreas Weller

Rund 4 000 Menschen kamen zum „Frühjahrsputz“. Die Ideengeber wollen sich weiter gegen Pegida engagieren.

Dass so viele am Montagabend am Postplatz sind, damit hatte Michal Tomaszewski nicht gerechnet. Der Musiker hat zusammen mit einem Freund den „Frühjahrsputz“ organisiert, damit Pegida nicht ohne Protest laufen kann. „Die Idee ist beim Bier entstanden. Sonst hätte es ja nichts gegen Pegida

gegeben. Wir sind zwei Blechbläserhanseln, mehr nicht.“

Tomaszewski ist Wahl-Dresdner, eigentlich Migrant aus Polen. Die Demonstrationen von Pegida, die sich jeden Montag wiederholen, laufen nach seiner Auffassung unter einem „rassistischen Banner“ und das sei unerträglich für ihn. „Ich fühle mich bedroht, deshalb musste ich auch etwas machen.“

Er sei enttäuscht von dieser Stadt, dass einerseits so viele mit Pegida auf die Straße gehen, ohne offenbar den fremdenfeindlichen Gedanken dahinter zu erkennen, und andererseits so wenig dagegen gemacht werde. „Wenn das so weitergeht, bin ich nicht mehr lange in Dresden.“

Bis es allerdings so weit komme, wolle er sich weiter engagieren. „Wir können nur nicht jede Woche so eine Aktion stemmen“, sagt Tomaszewski. „Das war erst mal eine einmalige Aktion.“ Er hoffe nun, dass andere weitere Dinge planen. Heute solle es eine Art Auswertung geben, dann werde auch entschieden, ob es eine Neuauflage geben kann oder eine andere Form, oder er sich anderweitig engagiert. „Mit der Aktion wollten wir auch zeigen, wie beschämend es hier eigentlich ist.“ Immerhin kamen rund 4 000 Unterstützer.

Aber auf der anderen Seite standen und gingen etwa 18 000 mit Pegida. „Das ist natürlich von uns nicht zu lösen“, wertet der Musiker. Aber es war der Ansatz, in der Kulturstadt Dresden einen Aufschrei aus der Kultur heraus zu senden. Sich mit Pegida auseinanderzusetzen, sie greifbar zu machen, könne aber nur funktionieren, wenn Pegida politisch legitimiert wäre. „Sie könnten die AfD zur offiziellen politischen Vertretung machen“, so Tomaszewski. Dann würden auch nicht so viele unterschiedliche Strömungen und Ängste verbreitet, sondern es gäbe klare Zuordnungen. Einen Appell hat Tomaszewski noch an die Dresdner: „Jeder muss mit seinem Gesicht auf die Straße, um Pegida zu zeigen, dass sie nicht Dresden sind.“ Das könnte eine Wirkung entwickeln wie die Menschenkette am 13. Februar.

Verfassungsschutz warnt Scheune

neustadtgeflüster, 07-01-2015

Am 13. Februar soll in der Scheune die Punkrock-Band „Feine Sahne Fischfilet“ spielen. Wie die Band jetzt auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte, hat das Landesamt für Verfassungsschutz den Scheune e.V. angeschrieben. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „Das Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern schätzt ein, dass die Band ... eine explizit antistaatliche Haltung vertritt, die auf eine Auflösung staatlicher Strukturen abzielt.“

Die Scheune-Mitarbeiter haben das Schreiben zur Kenntnis genommen, teilen aber die Sorgen des Verfassungsschutzes nicht. Programmplaner Frank Schöne: „Die Band spielt auch in anderen namhaften Clubs, wir haben da keine Bedenken.“

Tatsächlich wird die Band in den Verfassungsschutzberichten in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2011 und 2012 umfangreich erwähnt. Dort heißt es unter anderem: „... Darüber hinaus vertritt die Band aber eine explizit anti-staatliche Haltung ...“ Begründet wird das mit folgenden Textzeilen. „...Stolz auf Deutschland? Stolz auf eine Nation? Stolz auf irgendein beschissenes Konstrukt? Wir kotzen gleich! Aussagen, die sich positiv auf eine Nation beziehen, sind immer negativ! Dieses allzu beliebte, ‘WirGefühl’ benötigt zugleich auch immer ein Feindbild! Nationalismus und Rassismus gehören zusammen (...) Deutschland? Nie wieder!“ Die Verfassungsschutzberichte lassen sich hier nachlesen: 2011 und 2012.

Die Band nimmt die Warnung offenbar auf die leichte Schulter und hat das Schreiben des Verfassungsschutzes auf ihre Facebook-Site gestellt und mit ironischen Kommentaren und einem Link zum Ticket-Vorverkauf versehen. Beim Konzert am 13. Februar gehen übrigens 2 Euro pro Ticket an das Bündnis "Dresden Nazifrei".

SO LÄUFT DIE ANTI-PEGIDA-DEMO AM SAMSTAG

MoPo, 08.01.2015, Dirk Hein

Stadt und Land planen am kommenden Samstag die bislang größte Anti-PEGIDA-Demo. Weit über 10.000 Menschen sollen sich rund um die Frauenkirche versammeln. Das sind die wichtigsten Details:

Die Veranstaltung „Für Dresden, für Sachsen - für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander“ startet am Samstag um 15 Uhr auf dem Neumarkt. Eingeladen haben die OB von Dresden, Helma Orosz (61, CDU), sowie Ministerpräsident Stanislaw Tillich (55, CDU).

OB Helma Orosz: „Es kann nicht sein, dass PEGIDA dazu führt, dass wir erstarren. Wir stehen für ein anderes Dresden. Wir ticken weltoffen.“

Neben den beiden CDU-Größen werden unter anderem Viola Klein (54), Vorstand der Saxonica Systems AG (200 Mitarbeiter), und Ralf Adam, Betriebsratsvorsitzender von GlobalFoundries Dresden (4000 Mitarbeiter), sprechen. Weitere Prominente und Künstler sollen folgen

Sämtliche Dresdner Spitzenvereine unterstützen den Demo-Termin.

„Der Dresdner Spitzensport ist politisch neutral. Die Dresdner Vereine setzen sich (aber) für Akzeptanz und Respekt sowie gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ein“, steht in einem unter anderem von Dynamo Dresden, den Eislöwen und den Monarchs unterschriebenen Aufruf. Auch der Landessportbund Sachsen will die Demo unterstützen.

Die Linke kritisiert, dass OB und der Ministerpräsident nicht den Schulterschluss mit anderen Parteien gesucht haben:

„Es scheint sich um eine recht spontane Aktion zu handeln“, meint Landtagsabgeordnete und Stadträtin Annekatrin Klepsch (37).

SPD-Chef Martin Dulig (40) ruft hingegen zur Teilnahme auf.

Peinlich: Das noch am Dienstag unter anderem von Innenminister Markus Ulbig (50, CDU) gehandelte Motto der Veranstaltung „Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk“ wurde klammheimlich fallengelassen.

LINKEN-PLAKATE GEGEN PEGIDA

Seit gestern hängt Die Linke etwa 1000 Plakate im gesamten Stadtgebiet auf. „Viele Menschen in unserem Land sind unzufrieden. Das spüren wir seit Langem. Mit den Asylbewerbern wurden aktuell aber die komplett falschen Gegner ausgemacht“, so Linke-Chef Tilo Kießling (44).

Vor allem die Linke hätte gegen politische Fehlentwicklungen gekämpft - nicht aber die sogenannten „Retter des Abendlandes“.

Das Hängen der Plakate fällt in die Kategorie „politische Information“ und ist für die Linken bis auf eine Verwaltungsgebühr kostenfrei.

Pressespiegel bundesweit, 06.01.2015 - 09.01.2015

Das Nazi-Vokabular der Pegida-Wutbürger

welt, 05.01.2015

18.000 Pegida-Anhänger wetterten in Dresden gegen "Lügenpresse" und "Volksverräter". Tausende Gegendemonstranten protestierten. Als die Situation zu eskalieren drohte, schritt die Polizei ein.

Nun sollen also doch die so verhassten Politiker mit den Demonstranten von Pegida in Dresden sprechen. Nachdem die Organisatoren der Demonstrationen der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes bisher Gespräche mit Politikern abgelehnt hatten, weil sie sich dafür nicht legitimiert fühlten, lud am Montag "Kathrin vom Orgateam" offiziell Sachsens Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) ein. "Wir laden ihn offiziell dazu ein, zeitnah auf einer unserer nächsten Veranstaltungen zu uns Wutbürgern zu sprechen", rief sie. "Dazu werden wir Kontakt mit der Staatskanzlei aufnehmen und versuchen, einen Termin zu vereinbaren."

Zuvor freilich war Tillich auf der Kundgebung äußerst stark kritisiert worden – wie sowieso alle Politiker auch. Bei Tillich, der den Freistaat seit 2008 regiert und zuletzt im vergangenen August zum zweiten Mal im Amt bestätigt wurde, hatte ein Redner der Pegida-Demonstration die Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten auseinandergenommen, weil sie ihm die Situation im Freistaat zu positiv darstelle.

Den Worten des Redners hörten dieses Mal, bei der elften Pegida-Veranstaltung in der sächsischen Landeshauptstadt, rund 18.000 Frauen und Männer zu. Angemeldet waren bei der Stadt Dresden 17.500 Teilnehmer. So viele waren es auch bei der letzten Kundgebung vor zwei Wochen auf dem Theaterplatz vor der historischen Semperoper gewesen, die als Weihnachtssingen deklariert war.

Jedoch wäre der sächsische Ministerpräsident nicht der erste Politiker – wenn er die Einladung denn annähme – der mit Pegida spräche: Für diesen Mittwoch ist ein Gespräch mit der sächsischen Landtagsfraktion der AfD geplant, der Frauke Petry vorsteht, die auch eine der drei Sprecher der Partei ist.

Reaktionen aus der sächsischen Landespolitik

Die sächsische Landespolitik hat allerdings unabhängig von der Einladung an Tillich bereits zuvor auf Forderungen von Pegida reagiert. Innenminister Markus Ulbig (CDU) kündigte an, sich dafür einsetzen zu wollen, dass Tunesien als sicheres Herkunftsland eingestuft wird. Dann würden die Asylanträge von Flüchtlingen aus diesem Land vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht mehr individuell geprüft.

Hintergrund dürfte die massive Kritik bei den Pegida-Demonstrationen sein, dass Flüchtlinge aus Tunesien in der Bundesrepublik Asyl beantragten, obwohl sie doch gar nicht verfolgt sein könnten – dies war immer wieder von Pegida-Demonstranten zu hören.

Der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer hatte ebenfalls zuvor angekündigt, die Asylpolitik überprüfen zu wollen: "Wir wollen eine ehrliche Einschätzung liefern, welche Versäumnisse es gibt." Dazu solle auch eine Expertenkommission eingesetzt werden. Hintergrund dürfte die im Juni in Dresden anstehende Wahl eines neuen Oberbürgermeisters sein, bei der Innenminister Ulbig für die CDU antritt.

Die CDU will das Amt wieder für sich gewinnen, nachdem Helma Orosz (CDU) Ende Februar aus

gesundheitlichen Gründen aufhören wird und die Partei im Jahr 2001 den Posten des Stadtoberhaupts schon einmal an einen Politiker einer anderen Partei verloren hatte: An Ingolf Roßberg von der FDP, den der damalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) zuvor als "Schrott aus Wuppertal" bezeichnet hatte.

"Alphajournalisten als verlängerter Arm der Bundesregierung"

Die Zugeständnisse der Landes-CDU hinderten Pegida freilich nicht daran, wieder lautstark heftige Kritik an der Politik zu äußern. "Merkel muss weg"-Rufe schallten tausendfach über die Cockerwiese vor dem Hygienemuseum in Dresden. Die Bundeskanzlerin wurde vor allem für ihre deutlichen Worte zu Pegida in ihrer Neujahrsansprache kritisiert. "Es geht unseren Politikern nur darum, mit der unglaublich großen Asylindustrie zu verdienen", rief "Kathrin vom Orgateam". Starker Beifall.

Udo Ulfkotte, selbst Journalist und Hauptredner der Veranstaltung, verstieg sich zu der Einschätzung: "Das Verhalten unserer Politiker erinnert an den Zustand der DDR kurz vor dem Untergang 1989." Und: "Wir können uns unsere Politiker aussuchen, aber die Politiker sich nicht uns." Diese Formel variierte er in Bezug auf Journalisten: "Sollen sich die Journalisten doch andere Leser suchen, wir brauchen die Journalisten nicht." Frenetische Rufe von "Lügenpresse, Lügenpresse" stimmten ihm zu. Dieses Mal wurden die "Lügenpresse"-Rufe außerdem ergänzt durch die Worte der Demonstranten von "Volksverrättern". Beide Begriffe waren schon von den Nationalsozialisten gegen unliebsame Medien gebraucht worden.

Ulfkotte gab an zu wissen, dass "Alphajournalisten als verlängerter Arm der Pressestelle der Bundesregierung" agierten. "Wollen wir diesen Weg gemeinsam gehen und es den Politikern und der Lügenpresse zeigen?", rief Ulfkotte in die Menge. "Lügenpresse"-Rufe und die Worte "Wir sind das Volk", die eigentlich von den Demonstrationen gegen die DDR-Regierung im Herbst 1989 stammen, signalisierten die Antwort der Pegida-Demonstranten auf Ulfkottes Frage: Ja.

Freilich erwähnte Ulfkotte nicht, dass er selbst Journalist ist und von 1986 bis 2003 in der politischen Redaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" arbeitete: Einer Zeitung mithin, die zu den Blättern gehört, in denen von ihm als Alphajournalisten bezeichnete Redakteure schreiben.

"Auf die Straße" und "Zecken klatschen"

Gegen Ende der Demonstration, nachdem die Pegida-Demonstranten durch den Blüherpark von Dresden marschiert waren, drohte die Situation zu eskalieren: Ein Teil der Demonstranten wich von der genehmigten Route ab und skandierte: "Auf die Straße" und "Zecken klatschen". Diese Demonstranten wollten zu den Gegendemonstrationen vordringen, um dort offenbar gewalttätige Auseinandersetzungen zu beginnen, konnte aber von der Polizei daran gehindert werden.

Bei den beiden Gegendemonstrationen zählte die Polizei insgesamt rund 2500 Teilnehmer. Am kommenden Montag will Pegida in Dresden dann die zwölfte Demonstration abhalten, "dann hoffentlich wieder in der Innenstadt", wie sich "Kathrin vom Orgateam" zuversichtlich zeigte. Dieses Mal hatte Pegida schließlich mit der Cockerwiese und der Gegend zwischen dem Hygienemuseum und dem Rudolf-Harbig-Stadion – einem Fußballstadion – vorlieb nehmen müssen.

Die Organisatoren dankten zum Abschluss wieder einmal der Polizei – in einem Polizeiauto war am Pirnaischen Platz eine Deutschlandfahne auf dem Armaturenbrett zu sehen, wie Pegida hinterher stolz verkündete. Und die Polizei hatte auch für gute Sichtverhältnisse während der Kundgebung auf der Cockerwiese gesorgt: Scheinwerfer der Polizei erleuchteten den Platz.

Proteste in Dresden: Ministerpräsident Tillich will nicht auf die Pegida-Bühne

spiegel, 06.01.2015, Christina Hebel

Die Pegida-Organisatoren haben Sachsens Ministerpräsident Tillich aufgefordert, auf einer ihrer kommenden Kundgebungen zu sprechen. Doch der hält davon gar nichts.

Die Pegida-Organisatoren hatten Tillich am Montagabend angeboten, bei ihnen zu sprechen. "Wir laden den Ministerpräsidenten von Sachsen, Stanislaw Tillich, ein, hier auf der Demo zu reden", rief Sprecherin Kathrin Oertel: "Er hat die Chance, hier frei zu sprechen", sagte sie und kündigte einen "zeitnahen Termin" an.

Auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE teilte Tillich jedoch mit, dass er an einem solchen Angebot kein Interesse habe: "Das Angebot aber, von einer Bühne zu sprechen, von der die Kanzlerin und andere Politiker mehrfach unsachlich beschimpft und gegen Ausländer gehetzt wurden, lehne ich ab." Er werden den Bürgern "konkrete Angebote für einen Dialog über ihre Sorgen und Nöte unterbreiten", so Tillich weiter. Bisher habe Pegida kein Problem gelöst oder zu einer Lösung beigetragen.

Im Dezember hatte der Ministerpräsident angekündigt, mit Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen reden zu wollen. Er rief er dazu auf, mit den Protestierenden "mehr ins Gespräch" zu kommen, um ihnen "die Unsicherheit" zu nehmen. Die Protestteilnehmer fragten sich, woher Asylsuchende kämen, wer wie lange bleiben dürfe und welche Leistungen ihnen zustünden, sagte Tillich damals.

Es müsse deutlicher werden, dass es sich überwiegend um Menschen handle, die vor dem syrischen Bürgerkrieg, aus dem Irak und aus anderen Krisenregionen geflohen seien und teilweise ihre Angehörigen verloren hätten.

Die sächsische CDU steht durch Pegida unter Druck - zumal sich die Organisatoren nun auch noch mit der Konkurrenzpartei AfD treffen. So hatten die Christdemokraten kurz nach Weihnachten angekündigt, die Zuwanderungs- und Asylpolitik im Land kritisch zu überprüfen.

Bereits Ende November hatte Innenminister Ulbig angekündigt, der für die OB-Wahl in Dresden kandidieren will, er wolle spezielle Polizeieinheiten einrichten, die künftig für straffällige Asylbewerber zuständig sind. In den Sondereinheiten sollen Ermittler und Fachleute für Straf- und Ausländerrecht zusammenarbeiten, da sich in der Praxis Straf- und Asylverfahren häufig gegenseitig beeinflussen. Das Dresdner Innenministerium rechnet damit, dass im gesamten Jahr 2014 insgesamt 11.000 Flüchtlinge nach Sachsen kamen.

Was ist nur los mit dir, Dresden?

stern, 06.01.2015, Katharina Grimm

Am Montag gingen in Köln und Berlin wenige hundert Islam-Kritiker auf die Straße und wurden von Gegendemos gestoppt. Nur in Dresden ist Pegida ein Massenphänomen - aber warum?

Seit Oktober ist es allmontaglich das gleiche Bild: In Dresden kommen Menschen zusammen, um gegen die Islamisierung des Abendlandes zu demonstrieren. Und doch verändern sich die Pegida-

Aufmärsche von Woche zu Woche - denn es werden immer mehr Demonstranten: 18.000 waren es am Montag. Im Rest von Deutschland gingen dagegen Menschen gegen die Werte von Pegida auf die Straße gingen.

Warum ist Dresden die Hochburg der Islamfeinde? Wieso strömen ausgerechnet dort so viele Menschen zusammen? Die Erklärungsversuche - denn mehr können es nicht sein - zeichnen ein Bild von stockkonservativen Bürgern, Heimatliebe und gekränkter Eitelkeit, die längst in arroganten Lokalpatriotismus mit rechtem Anstrich gekippt ist.

Die Ahnungslosen aus Elbflorenz

"Dresden, das ist eine Identität aus Stolz, Kränkung und Unverstandensein", sagt ein Bewohner der Stadt, der die Pegida-Bewegung seit Beginn beobachtet und lieber anonym bleiben möchte. Die Historie Dresdens, die Teilung Deutschlands und der Aufstieg rechter Gesinnung ergibt eine krude Mischung, die über Jahrhunderte gewachsen, gedreht und vermischt wurde.

Grundpfeiler ist der Stolz. Das Elbflorenz, das barocke Kleinod von August dem Starken, weiß um seine Pracht und architektonische Schönheit. Dresden ist ein Hauch von italienischer Eleganz. Und die Bewohner sind selbstbewusst und stolz auf die verschnörkelten Bauwerke, die Touristenströme aus aller Welt anziehen. Dresden ist prominent - und war doch lange provinziell.

Denn Dresden lag im "Tal der Ahnungslosen", dort, wo in der ehemaligen DDR kein Westradio- und fernsehen zu empfangen war. Die Dresdner wussten bis 1989 nicht, was sie nicht hatten. Doch das führte nicht etwa zu einer stärkeren Regimebindung oder zu mehr Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Ganz im Gegenteil, so fand eine Studie heraus: Menschen ohne Westmedien waren sogar unzufriedener, denn ihnen fehlte das Radio und Fernsehen vor allem als Unterhaltungsquelle. Die Dresdner waren die Ahnungslosentaler.

Der böse Westen

Ein noch stärkerer Identifikationsmoment für Dresden waren aber die Bombennächte im Zweiten Weltkrieg. "Die Perle an der Elbe, die unschuldig von den Alliierten vernichtet wurde", so lautet der Mythos, erklärt ein Dresdner. Das "moral bombing", also die Zerstörung von Wohnhäusern und somit der Zuversicht - und nicht kriegswichtiger Industrie -, klebt an Dresden. "Hier fühlt man sich immer noch als Opfer eines ungesühnten Kriegsverbrechens", so ein Dresdner.

Das mag alles schon sehr lange her sein - und dennoch haben die Feuersbrünste bis heute die Eigenwahrnehmung beeinflusst. Denn die Alliierten, der zerstörerische Westen, wurde zum Feind erklärt. Auch in der DDR blieb diese Kränkung und wurde weiter kultiviert, statt sie aufzuarbeiten. Und dieses Feindbild war nach der Wende sehr einfach von den Neonazis zu adaptieren. Böser Westen. Dann böse Ausländer. Nun böse Politik und böse Medien. Simpel - aber effektiv.

"Missverstanden, vergessen, bevormundet"

Ignoranz habe in Dresden eine lange Tradition, konstatiert der "Guardian". Und die "Zeit schreibt: "Nirgendwo in Deutschland ist die Ablehnung des Anderen tiefer in Politik und Kultur verankert als in diesem Bundesland. Sei es fremd, sei es links, sei es irgendwie modern." Und tatsächlich, schon zu DDR-Zeiten galt Dresden als borniert und ablehnend - und ganz Sachsen wurde nach der Wende durch schwer konservative bis rechte Politik (teilweise auch Hand in Hand) stark beeinflusst.

Und nun gibt es Pegida. Diese ultrakonservative, rechtspopulistische bis rechtsradikale Bewegung macht es den Mitläufern so einfach, denn das "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns"-Bild versteht jeder. Dresden kann sich wieder einigeln in das Opferschema und alle Gegenstimmen oder Opposition als miese Meinungsmache abschütteln. Du bist kein Freund? Dann musst du ein Feind sein. So einfach ist das.

Und für Sachsen, für Dresden - mit all dem überchristlichen Protektionismus - ist Pegida pure Euphorie, der Beginn einer großen historischen Veränderung. Für weniger würde die konservative, bürgerliche Mitte auch nicht auf die Straße gehen. "Vielen, die da abends mitlaufen, ist das Islam-Thema vollkommen egal", sagt einer, der bei Pegida-Demos dabei war. "Sie fühlen sich bevormundet, eingeengt, missverstanden, vergessen. Dagegen wollen sie protestieren." Und die Hauptschuldigen haben sie auch schon gefunden: Muslime. Dahinter folgen die "verlogene Politik" und die "Lügenpresse", wie es auf den Pegida-Kundgebungen heißt.

Dresden und Pegida

Aber bei all den Erklärungsversuchen, warum sich ausgerechnet Dresden zum Pegida-Massenphänomen entwickelt, darf nicht vergessen werden: Auch dort gibt es Widerstand. Am Montag gingen 5000 Gegendemonstranten auf die Straße. In Dresden und Umgebung gibt es Bürgerinitiativen, die sich für Vielfalt und Toleranz einsetzen. Und nicht alle Pegida-Anhänger kommen aus Dresden. Viele reisen aus ganz Deutschland zu den Demos an. Auch wenn die Aufmärsche seit Wochen ein anderes Gefühl entstehen lassen: Die Mehrheit der Menschen in Sachsen steht nicht auf der Seite von Pegida. Höchste Zeit für die stille Masse, das Schweigen zu brechen.

Sachsen zieht gegen "Pegida" nicht an einem Strang

tagesspiegel, 07.01.2015, Matthias Meisner

Die CDU-geführte Landesregierung in Sachsen will nach wochenlangem Kuschelkurs offensiv gegen "Pegida" vorgehen. Für diesen Samstag rufen Ministerpräsident Stanislaw Tillich und die Dresdner Oberbürgermeisterin Helga Orosz (beide CDU) zu einer Großdemonstration an der der Frauenkirche auf. Das Motto der Veranstaltung lautet "Für Dresden, für Sachsen - für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander." 20.000 Menschen werden erwartet. Sowohl Orosz als auch Tillich wollen auf der Kundgebung sprechen.

Zunächst war als Motto in Planung "Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk", wie die "Bild"-Zeitung unter Berufung auf Orosz und den sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) berichtete.

Daran aber entzündete sich Kritik unter anderem von Anti-Rechts-Initiativen, Linkspartei und der in Sachsen mitregierenden SPD.

Zugleich machte die Landesregierung den "Pegida"-Anhängern ein konkretes Gesprächsangebot. Sie will von der kommenden Woche an regelmäßig bis zu 200 Menschen einladen und mit ihnen diskutieren, wie Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) im MDR ankündigte. Bei diesen Treffen sollen - neben ihr - Tillich, Ulbig und Fachleute aus den Ministerien mit den Menschen reden, sagte sie.

"Dresden und Sachsen seit Jahrhunderten weltoffen"

In dem Aufruf zur Großdemonstration am Samstag heißt es: "Die Landeshauptstadt Dresden und der Freistaat Sachsen sind seit Jahrhunderten weltoffen. Die Erfolgsgeschichte des Kultur- und Wirtschaftslandes Sachsen ist nur möglich geworden, weil die Menschen von hier gemeinsam mit Menschen aus allen Teilen der Welt Hand in Hand daran gearbeitet haben. Für viele, die zu uns gekommen sind, ist Sachsen zur Heimat geworden. Sie teilen unsere Sprache und Werte. Wir setzen uns gemeinsam für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Zusammenhalt der Gesellschaft ein."

In der Sitzung des Landeskabinetts am Dienstag hatte es nach Tagesspiegel-Informationen heftige Kontroversen über den Umgang mit "Pegida" gegeben. Die SPD - namentlich deren Landesvorsitzender, Wirtschaftsminister Martin Dulig - forderte von der CDU, entschiedener gegen die Islam- und ausländerfeindliche Bewegung vorzugehen.

Nach der Kabinettsitzung hatte Tillich die Einladung von "Pegida" ausgeschlagen, bei deren nächster Demonstration auf der Bühne zu sprechen. Ein Gespräch mit Bürgern sei immer möglich, erklärte er. "Das Angebot aber, von einer Bühne zu sprechen, von der die Kanzlerin und andere Politiker mehrfach unsachlich beschimpft und gegen Ausländer gehetzt wurde, lehne ich ab." Zugleich kritisierte der Ministerpräsident erstmals deutlich die Bewegung. Er sagte: "Bisher hat 'Pegida' kein Problem gelöst oder zu einer Lösung beigetragen. Vielmehr schaden die Demonstrationen dem Land und der Stadt Dresden, denn sie vermitteln der Weltöffentlichkeit ein Bild, das nicht der Wirklichkeit entspricht."

Tillich hatte es lange als kontraproduktiv angesehen, zu "Anti-Pegida"-Demonstrationen aufzurufen oder sich an ihnen zu beteiligen - aus seiner Sicht würde das einen von ihm gewünschten Dialog mit den Anhängern der Bewegung erschweren. Er und andere führende CDU-Landespolitiker äußerten dagegen viel Verständnis für die Demonstranten, deren Sorgen man ernst nehmen müsse.

SPD: Sachsen hat zu wenig für Integration getan

Der sächsische SPD-Fraktionschef Dirk Panter begrüßte den Aufruf von Orosz und Tillich zur Großdemonstration am Samstag als "wichtigen Schritt" zur Integration von Ausländern in Sachsen. Nun komme es darauf an, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. "Das ist Aufgabe aller demokratischen Parteien." Panter sagte dem Tagesspiegel, die aktuelle Debatte zeige, wie wichtig und richtig es gewesen sei, ein Integrationsministerium in Sachsen zu schaffen. "Gerade der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und den damit zusammenhängenden Problemen ist in der Vergangenheit in Sachsen zu wenig Beachtung geschenkt worden. Das ist für uns ein entscheidender Punkt, an dem es Veränderungen geben muss."

Linke: Sachsen-Union fischte schon immer rechtsaußen

Juliane Nagel, Landtagsabgeordnete der oppositionellen Linkspartei, äußerte sich mit Blick auf Samstag skeptisch. "Die Veranstaltung von Orosz und Tillich ist vielleicht gut gemeint, aber geht vollends nach hinten los", sagte sie dem Tagesspiegel. Entsprechend dem zunächst vorgesehenen Motto "Wir sind eine Stadt, ein Land, ein Volk" reproduziere die Kundgebung genau das, was "Pegida" propagiere: "die Mär von einer geschlossenen, homogenen Gesellschaft". Nagel weiter: "Anstatt den Anspruch auf Weltoffenheit und Vielfalt zu formulieren, wird so ein moderater Nationalismus gegen einen lautstark formulierten gesetzt". Doch sei die Union schon immer gut dabei gewesen, "als es darum ging, rechtsaußen zu fischen".

Bei den vergangenen Aufmärschen von "Pegida" hatte es stets Gegendemonstrationen gegeben, "Pegida" blieb in Dresden - anders als in anderen Städten - allerdings stets in der Überzahl. Die Organisatoren dieser Proteste waren am Dienstagabend von der Ankündigung von Orosz, für Samstag zu einer Kundgebung aufzurufen, überrascht worden. Die Kundgebung findet offenbar auch ohne Abstimmung mit den Initiativen und politischen Parteien statt, die sich in Dresden bisher kritisch mit "Pegida" auseinandergesetzt haben. "Und damit auch ohne die Perspektive der von der rassistischen Stimmungsmache Betroffenen", wie die Linken-Landtagsabgeordnete Nagel sagte. Am vergangenen Montag hatten in Dresden 18.000 Leute für "Pegida" demonstriert, 4000 dagegen.

CDU-Politiker Flath: AfD bei "Pegida"-Dialog zum Vorbild nehmen

Der frühere sächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Steffen Flath wertete den "Pegida"-Protest - ähnlich wie den Erfolg der AfD bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr - als "Ausdruck einer Unzufriedenheit". Er riet seiner Partei als Reaktion darauf, ein "größeres Spektrum" abzudecken. Es

sei jetzt an den Parteien, den "Pegida"-Protest aufzufangen, sagte Flath der Chemnitzer "Freien Presse". Die AfD versucht es ja gerade. Die CDU sollte das auch tun."

Treffen von AfD und Pegida

Für Mittwochabend hatte die AfD-Landesführung die "Pegida"-Organisatoren zu einem Meinungsaustausch in den Landtag eingeladen. Das Treffen fand dann schon am Nachmittag außerhalb des Parlaments statt, wie mehrere Medien in Sachen übereinstimmend berichteten. Ergebnisse wurden zunächst nicht bekannt.

Peter Tauber: Ein vergifteter Rat

Der Generalsekretär der Bundes-CDU, Peter Tauber, schrieb in seinem Blog "Schwarzer Peter" dagegen, der Vorschlag, "die CDU müsse sich stärker nach rechts orientieren, um solche Bewegungen ‚aufzusaugen‘, ist ein vergifteter Rat" Es sei fraglich, ob die CDU "Menschen erreichen kann, die Veränderungen und ablehnen und die Zukunft nicht als Verheißung, sondern als Bedrohung empfinden." Zudem sei die CDU als Volkspartei eben nicht rechts, sondern in der Mitte des politischen Spektrums beheimatet. "Diesen Platz werden wir als Christdemokraten nicht preisgeben." Tauber nannte das "Pegida"-Positionspapier mit 19 Punkten ein unredliches Pamphlet. Als Christ und Demokrat wehre er sich gegen eine pauschale Stigmatisierung des Islam, wie sie bei "Pegida" stattfinde.

Rechtes Rendezvous in Raum A500

Zeit, 07.01.2015, TILMAN STEFFEN

Bisher haben Pegida-Anführer nicht mit Parteien geredet, heute besuchen sie die sächsische AfD im Landtag. Wahrscheinlich ist das der Beginn einer neuen Kooperation.

Eigentlich will Pegida überparteilich sein, und eigentlich wollen sie von Parteien generell nicht viel wissen. Volksverräter nennen die Islamgegner die Politiker. Und andersrum hielten auch die demokratischen Parteien bisher einen Mindestabstand zu Pegida ein. Im Dresdner Landtag aber kommt es heute zur ersten direkten Begegnung.

Eingeladen hat die dort kürzlich eingezogene AfD. Im Raum A500 wird, wenn keiner kurzfristig absagt, Fraktionschefin Frauke Petry dem Pegida-Cheforganisator Lutz Bachmann und seinen Begleitern die Hände schütteln. 14 Abgeordneten sitzen dann acht bis zehn Pegida-Leute gegenüber – namentlich will sie Fraktionsgeschäftsführer Uwe Wurlitzer nicht nennen. Linke Störer könnten die Sicherheit der Gäste gefährden, befürchtet er.

Im Landtag herrscht vor dem Treffen angespannte Ruhe. Bahnt sich hier eine politische Allianz an? Und wer könnte wie davon profitieren? Das sind die Kernfragen unter Landespolitikern und bei Beobachtern in diesen Tagen. Im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Sachsen etwa kursiert die Befürchtung, dass die AfD zum Pegida-Dienstleister wird: Sie könnte in deren Interesse parlamentarische Anfragen an die Regierung stellen oder andere Instrumente parlamentarischer Arbeit einsetzen.

Dass der nationalkonservative Flügel der AfD und Pegida Schnittmengen aufweisen, bezweifelt hier keiner mehr. Und die durch internen Zwist geschwächte AfD-Spitze um Bernd Lucke erhält Druck von mehreren Seiten, sich auf die Bewegung einzulassen: Parteivize Alexander Gauland erschien Mitte öffentlichkeitswirksam auf einer Dresdner Pegida-Demonstration. In Interviews nimmt er die Anhänger gegen Kritik in Schutz. Die Dresdner Pegida sieht er als natürliche Verbündete seiner

Partei.

Hinzu kommt die von AfD-Hardlinern gegründete Patriotische Plattform – eine Organisation, die ihre geheimen Versammlungsorte erst nach persönlicher Anmeldung preisgibt. Angesichts des Massenzulaufs der Islamgegner verlangen ihre Mitglieder, die AfD müsse "die Kernforderungen von Pegida übernehmen und sich in aller Deutlichkeit gegen die Islamisierung des Abendlandes aussprechen".

Sachsens AfD ist in der Plattform gut vertreten. Landesvorstandsmitglied Hans-Thomas Tillschneider präsentiert dort sein Verständnis von Nächstenliebe (nur für nahestehende Personen), Glaubensfreiheit (nur ohne multikulturelle Gesellschaft) und Schlafplätzen (zuerst für Obdachlose, dann für Asylbewerber). Was Pegida noch fehle, sei "eine Partei, die den Protest in die Parlamente trägt", befand er schon im November.

Die Plattform sei keine Organisation der AfD, beteuert Fraktionsgeschäftsführer Wurlitzer. Das war früher auch bei der AfD-Nachwuchstruppe Junge Alternative so. Heute bezeichnet sie sich selbst als Parteiorganisation und "programmatischer Innovationsmotor der AfD".

Polizeistation neben dem Flüchtlingsheim

Auf der anderen Seite wittern manche in der um den Wiederaufstieg kämpfenden FDP die Chance, auch von Pegida zu profitieren. Es sei falsch, Pegida-Demonstranten als ausländerfeindlich zu diskreditieren, buhlt Parteivize Wolfgang Kubicki um deren Sympathie. "Wenn ich in einem Ort XY ein Flüchtlingsheim errichte, kann ich dort nicht gleichzeitig die Polizeistation schließen."

AfD und Pegida könnten im Landtagsraum A500 also schnell Gefallen aneinander finden. Einen Teil der Pegida-Thesen trage seine Partei durchaus mit, sagt Fraktionsgeschäftsführer Wurlitzer und versucht, das Treffen klein zu reden: "Wir wollen uns kennenlernen und uns über ihre Ziele informieren."

Politisches Kapital aus Pegida schlagen

Für SPD-Fraktionsvize Henning Homann ist dagegen klar: "Hier kommt zusammen, was zusammengehört." Wie auch Grünen-Fraktionschef Volkmar Zschocke spricht er von einer klassischen Win-win-Situation: Neue Wähler für die AfD, ein politischer Anker für Pegida. "Die AfD versucht, Interessenvertreter zu sein und politisches Kapital aus Pegida zu schlagen", konstatiert Zschocke.

Ärger löst im Landtag vor allem aus, dass Pegida bisher alle anderen Einladungen zum Gespräch ausschlug, etwa die der Landeszentrale für politische Bildung zu einer Diskussionsrunde im Dezember. Pegida-Cheforganisator Bachmann verweist, am Telefon danach befragt, auf seine Pressevertreterin. Die aber ignoriert die schriftliche Anfrage.

"Dass sie die Einladung der AfD annehmen, sagt alles über Pegida", sagt SPD-Fraktionsvize Homann. Damit verlasse die Bewegung die selbst proklamierte Überparteilichkeit. Es gilt als sicher auf den Landtagsfluren, dass es weitere Treffen mit Pegida in den Räumen der AfD geben wird.

Die anderen Fraktionen schließen das direkte Gespräch mit den Pegida-Organisatoren aus. Der Sozialdemokrat Homann führt den Erfolg der Islamgegner auf einen Mix aus Parteienverdrossenheit, Unzufriedenheit und dem gesellschaftlichen Rechtsruck zurück. Darüber mit den demokratieskeptischen Anhängern zu sprechen, könne er sich vorstellen. Die extremistisch eingestellten Organisatoren einzuladen, sei aber undenkbar.

Grünen-Fraktionschef Zschocke sieht das ähnlich: Pegida-Chefplaner Bachmann, dessen Bewährungsstrafe noch bis Februar läuft, habe sich derart vernichtend über die Grünen geäußert, dass er mit ihm nicht reden werde. "Dialog setzt die Bereitschaft dazu voraus", sagt Zschocke. Auf Initiative der Stadt-Grünen aber erhielten die Demonstranten in Dresden am Montag vor dem Kundgebungswagen ein Gesprächsangebot. Die Resonanz soll verhalten gewesen sein.

Tillich auf der Pegida-Bühne?

Den Wunsch nach Dialog mit den Anhängern gibt es auch in der Landes-CDU – jener Partei, die schon im Wahlkampf Mühe hatte, auf Distanz zu bleiben. Zwar lehnt Landes- und Regierungschef Stanislaw Tillich das Gespräch mit Pegida ab, aber weit weniger entschieden als etwa Bundeschefin Angela Merkel. Sachsens CDU-Fraktionschef Frank Kupfer könnte das Pegida-Thesenpapier dagegen "sofort unterschreiben", wie er der Freien Presse sagte. Es sei eine gute Gesprächsgrundlage.

Am Montag verkündete Pegida am Kundgebungsmikrofon, Tillich dorthin einzuladen. Der Ministerpräsident reagierte am Folgetag mit einem Nein, aber: Er wolle zwar nicht auf der Pegida-Bühne selbst reden, wie er umgehend erläuterte, aber mit Bürgern grundsätzlich immer gern. Für Samstag ruft er die Bürger zu einer Kundgebung vor die Frauenkirche – gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit.

Der Rassismus und die Gefahr der Pegidas

Freitag, 07.01.2015, Tobias Raff

Pegida Es gibt unterschiedliche und vor allem moderne Formen des Rassismus. Diese gilt es zu erkennen und offenzulegen

Eine Studie, die im European Journal of Social Psychology im Jahr 1995 veröffentlicht wurde zeigte, dass sich subtile Vorurteile durch drei Komponenten auszeichnen. Komponente Nummer eins ist die „Verteidigung traditioneller Werte“ (Kluegel, 1990), Nummer zwei die „Überbetonung kultureller Unterschiede resultierend in großen wahrgenommenen Differenzen zwischen Eigen- und Fremdgruppe“ (Moe, Nahost & Insko, 1981) und Nummer drei ist die „Abwesenheit jeglicher positiver Emotionen für Mitglieder der Fremdgruppe“ (Dovidio, Mann & Gärtner, 1989). Die Studie, in der mehr als 3000 Teilnehmer aus vier europäischen Staaten befragt wurden, untersuchte die Einstellungen gegenüber Migranten von Personen mit offenen Vorurteilen, subtilen Vorurteilen und von völlig vorurteilsfreien Personen.

Eines der hauptsächlichen Ergebnisse der Studie war zudem, dass Personen mit subtilen Vorurteilen bekundeten, dass sie zwar „nicht alle Einwanderer abschieben wollen“, sondern nur solche für die sie „ein nicht mit Vorurteilen assoziiertes Grund finden konnten“ (Peterson & Six, 2008). Dieses Phänomen begegnet uns vor allem in der derzeitigen Pegida-Bewegung. Der subtile Rassismus der sogenannten bürgerlichen Mitte ist, und davon kann man getrost ausgehen, wohl bei weitem größer, als der offen geäußerte. Obwohl auch letzterer immer mehr zunimmt. Dies hat aber wiederum damit zu tun, dass sich subtiler Rassismus in offenen wandelt, wenn z. B. entsprechende Autoritäten vorhanden sind, die dies positiv sanktionieren. Oder das entsprechende Umfeld wie z. B. rechtspopulistische Blogs, die ja gerade in der heutigen Zeit wie Pilze aus dem Boden schießen.

Gerade aus diesem Grund darf die Pegida-Bewegung nicht verharmlost und schon gar nicht unterschätzt werden. Das soziale Konstrukt des Rassismus hat viele Facetten, und er äussert sich

eben nicht nur für jeden eindeutig und offen. Das oft bereits bei Beginn einer öffentlichen Diskussion entstehende Argument, allein der Begriff „Rassismus“ sei falsch, da es unter humangenetischen Gesichtspunkten gar keine Rassen gäbe, ist obsolet, da bereits die entsprechenden Fachdisziplinen selbst schon vor fast 20 Jahren diesen Begriff am Konstrukt der Rasse definieren, auch um eine eindeutige Symbolik und damit Verwendung zu schaffen (Jones, 1997).

Unterscheiden lassen sich viele verschiedene Facetten. Wenn wir uns vom institutionellen Rassismus einmal abwenden, also entsprechenden Gesetzen, Verordnungen, Brauchtümern etc. und uns dem individuellen Rassismus zuwenden, unterscheiden wir grundsätzlich zwei Formen: Klassischen Rassismus und modernen Rassismus. Der leicht zu erkennende klassische Rassismus ist offen geäußert und blatant, also „heiß, nah und direkt“ (Pettigrew und Mertens, 1995). Der weitaus schwieriger zu erkennende, aber nicht weniger vorhandene, moderne Rassismus drückt sich in weniger offensichtlichen, aber zahlreichen Facetten aus: aversivem, symbolischem, ideologischem, differentialistischem, indirektem, „color-blind“ oder kulturellem Rassismus. Alle hier aufgeführten Formen des modernen Rassismus zu behandeln, schießt an dieser Stelle über das Ziel hinaus. Es reicht jedoch aufzuzeigen, dass sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung auch die Formen von Diskriminierung beziehungsweise gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weiter entwickeln oder, besser ausgedrückt, verändern und komplexer werden.

Allen Formen des Rassismus ist jedoch eine Funktion gleich, nämlich die gesellschaftliche. Diese hat den Zweck, die Überlegenheit der Eigengruppe zu erklären. Das ist genau das, was in und durch die Pegida-Bewegung geschieht, und man muss nicht einmal ausgebildeter Psychologe sein, um das zu erkennen, solange man sich nur etwas mit den Fakten und den Entstehungs- und Erscheinungsformen des sozialen Konstrukts Rassismus beschäftigt. Die Pegida-Bewegung ist die erste größere Bewegung, in der sich in Deutschland moderne Formen des Rassismus manifestieren. Deshalb sei vor dieser Bewegung und ihrer gesellschaftlichen Formen ausdrücklich gewarnt. Denn auf diese Weise lösen wir die Probleme unserer Gesellschaft ganz bestimmt nicht.

Massenprotest in Sachsen: Fünf Gründe für Pegidas Erfolg in Dresden

spiegel, 07.01.2015, Christina Hebel und Ferdinand Otto

Deutschland lehnt sich gegen Pegida auf - überall gibt es Gegendemos. Nur in Dresden kommen immer mehr Menschen zu den Anti-Islam-Märschen. Warum gerade die Stadt in Sachsen? Fünf Theorien.

Pegida hat einen neuen Slogan: "Dresden zeigt, wie's geht", riefen die Anhänger an diesem Montagabend bei der elften Kundgebung - noch etwas holprig, doch ihr Anspruch ist klar: Wir sind das Original, das große Vorbild für all diese neuen "-das".

Sie heißen Bogida in Bonn, Mügida in München, Bärigida in Berlin oder seit Neuestem auch Kögida in Köln. Doch sind diese Pegida-Ableger wenig mehr als müde Abklatsche. Bisher versammelten sich in den westdeutschen Städten nur versprengte Häufchen von vielleicht einigen Hundert Menschen, wie in Köln, wo es vor allem Rechtspopulisten und -extremisten sowie Hooligans waren (lesen Sie hier die Reportage aus Köln).

Anders das Bild in Dresden, wo diese Gruppen auch vertreten sind, sich aber vor allem frustrierte und wütende Bürger montags versammeln. 18.000 sollen es der Polizei zufolge dieses Mal gewesen sein - etwas mehr als bei der letzten Pegida-Kundgebung vor Weihnachten. Man kann über diese Zahlen streiten, auch weil die Beamten bei der Abschlusskundgebung dann deutlich weniger

zählten, nämlich nur rund 10.000 Teilnehmer. Fakt ist, dass Tausende kommen - und sie den Gegendemonstranten, anders als im Westen der Republik, zahlenmäßig weit überlegen sind.

Drei Feindbilder einen die Pegida-Anhänger: Fremde und Flüchtlinge, die Politik und die Medien. "Lügenpresse, Lügenpresse!" und "Volksverräter, Volksverräter!" skandieren sie - sprechen von "Asylinindustrie" und "Wirtschaftsflüchtlingen", die wieder zurück in ihre Heimat gebracht werden müssten.

Von Woche zu Woche klingen die Slogans in Sachsen aggressiver - warum ist das so? Warum hat Pegida in Sachsen solch einen Erfolg? Fünf Erklärungsversuche:

* Aggressives Klima: In München, Berlin, Hamburg oder in Schneeberg im Erzgebirge protestieren Bürger, oft aufgestachelt von Rechtsextremisten, seit Monaten gegen neue Flüchtlingsunterkünfte. Die "Hooligans gegen Salafisten" wüteten im Herbst in Köln. Die Emotionen kochten hoch, als sich ein paar Salafisten als "Scharia-Polizei" ausgaben, Leitartikel überschlugen sich, in Talkshows stänkerten die Politiker. Das zeigt: Es gibt eine zunehmend aggressive Bewegung gegen die wachsende Zahl der Flüchtlinge, auf die Pegida in Dresden verweist. Wenn sie auf die geringen Zahlen von Muslimen in Sachsen angesprochen werden, sagen Teilnehmer immer wieder, sie wollten nicht warten, bis auch bei ihnen so viele Muslime wie im Westen seien. Das sei noch so, und jetzt müssten sie ihren Protest zeigen.

* Das konservative Umfeld: Dass es ausgerechnet in Dresden zu solch einer Protestbewegung kommt, wundert den Politikprofessor Werner Patzelt von der TU Dresden nicht. Er beobachtet die Bewegung intensiv, war am Montag zum dritten Mal vor Ort, um zu erfahren, was die Menschen in seiner Stadt umtreibt. Eine solche Massenbewegung brauche eine konservative Großstadt, sagt Patzelt. Dresden ist eine der letzten Metropolen, die von der CDU regiert werden. In eher linken Städten wie Köln, München, Hamburg oder Berlin habe Pegida kaum eine Chance. Dazu kommt: Die Pegida-Bewegung in Dresden speist sich nicht nur aus der Stadt selbst, das Umland spielt eine wichtige Rolle - und Sachsen ist als Geburtsort für Pegida ideal. Das Land gilt als konservative Hochburg. Die CDU regiert hier seit 25 Jahren durch. Die rechtspopulistische AfD schaffte es im August aus dem Stand mit fast zehn Prozent in den Landtag, die rechtsextreme NPD saß zehn Jahre im Landesparlament und verpasste den Einzug bei der Wahl im vergangenen Jahr nur knapp.

* Rechte Parolen: Seit der Wende hat Sachsen eine aktive Neonazi-Szene, die militanten Gruppen Skinheads Sächsische Schweiz und Sturm 34 machten regelrecht Hetzjagd auf Fremde und Andersdenkende. Auch die Nazi-Terrorzelle NSU fand hier Unterschlupf. Das alles, glauben Extremismusforscher, hat auch damit zu tun, dass konservative Politiker in Sachsen Rechtsextremismus lang verharmlosten - und ihre Parolen gesellschaftsfähig machten.

* Ostdeutsche Angst vor Entmündigung: Insgesamt hat sich der politische Konsens in Deutschland in den vergangenen Jahren nach links verschoben, verglichen mit den Stammtischen der Republik. Das verstärkt an jenen Stammtischen den Eindruck, vom politischen System abgehängt und nicht repräsentiert zu werden. Besonders in den Ländern der ehemaligen DDR weckt dieses Gefühl Erinnerungen: "Schon damals hat das politische System nicht auf die Menschen gehört und sich nur zum Nationalfeiertag beklatschen lassen", sagt der Politologe Patzelt. Deshalb sei der Slogan "Wir sind das Volk" auch als Weckruf zu verstehen: "Das soll heißen: Uns gibt es auch noch, hört auf uns, ignoriert uns nicht", glaubt Patzelt. Besonderen Applaus habe es deshalb an diesem Montag gegeben, als einer der Redner die niedrige Wahlbeteiligung in Sachsen ansprach: Nicht mal jeder zweite Sachse hat bei den jüngsten Landtagswahlen gewählt. Was Pegida außerdem begünstigt, ist die in Ostdeutschland schwache Kirche. Der Glaube könne den Protesten mäßigend entgegenwirken, sagen Sozialwissenschaftler.

* Nazi-Keule erzeugt Trotzreaktion: Dass die Pegida-Bewegung so schnell gewachsen ist, hat auch damit zu tun, dass die Dresdner Politik, Bürgerschaft und Aktivistenszene beinahe jedes Jahr im Februar vor einem rechten Mob stehen, der durch ihre Straßen zieht, um an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zu erinnern. Schon die ersten, kleinen Pegida-Demos wurden ebenfalls in diese Nazi-Ecke eingeordnet. Diese Stigmatisierung als Nazis habe dazu beigetragen, dass sich viele Menschen trotzig erst recht Pegida anschlossen, sagt der Dresdner Wissenschaftler Patzelt. Viele Pegida-Anhänger bestätigen das: Angesprochen auf ihre Teilnahme sagen sie zuerst: "Ich bin kein Nazi, aber gegen die Zustände in diesem Land." Auch die Pegida-kritische Neujahrsrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag mehr Menschen nach Sachsen getrieben.

Die Pegida-Organisatoren in Dresden, die bisher recht geschickt vorgehen, indem sie immer wieder ihre Gewaltfreiheit betonen und ein gemäßigtes Thesenpapier verfasst haben, wissen um ihren Einfluss - und ihre Anziehungskraft auch für immer mehr auswärtige Anhänger (lesen Sie hier ein Porträt der Sprecherin). #DresdenZeigtWiesGeht" ist ihr neues Hashtag in den sozialen Medien. Und so werden sie am kommenden Montag nicht auf ihre Kundgebung verzichten, obwohl im hundert Kilometer entfernten Leipzig das erste Mal Legida, "Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes", startet.

Doch die Messestadt ist viel linker als Dresden, wird von einem SPD-Oberbürgermeister regiert. Ende Dezember waren bereits sieben Gegenveranstaltungen mit mehr als 5000 erwarteten Teilnehmern durch Kirchen und Bürgerbündnisse angemeldet.

Es ist also damit zu rechnen, dass nach den Kö-, Mü-, Dü-, Bär- auch die Legiden in der Minderheit bleiben werden.

Prozess zu Anti-Nazi-Demo in Dresden: "Hart an der Grenze der Rechtsstaatlichkeit"

spiegel, 07.01.2015, Julia Jüttner

Tim H. galt als Rädelsführer einer Anti-Nazi-Demo in Dresden und sollte für knapp zwei Jahre ins Gefängnis. Im Berufungsprozess wurde er nun vom Vorwurf des Landfriedensbruchs freigesprochen. Richter und Verteidiger fanden deutliche Worte zum Vorgehen der Ermittler.

Flaschen, Steine, Holzlatten fliegen in die Menschenmenge. Die Masse schreit, das Martinshorn schrillt auf. Barrikaden und Autos brennen, Feuerwerkskörper explodieren. Wasserwerfer sind im Einsatz, Reizgas wabert durch die Luft. Ein Polizeibeamter schlägt mit einem Schlagstock auf eine am Boden liegende Person ein.

Dresden, Südvorstadt, 19. Februar 2011.

Neonazis haben sich wie jedes Jahr zum Aufmarsch formiert, um der Bombardierung Dresdens 1945 zu gedenken. 3000 Rechtsextreme ziehen Parolen skandierend durch die Straßen. Nach Angaben des Gewerkschaftsbunds stellen sich ihnen mehr als 21.000 Menschen in den Weg, die Polizei spricht von 12.000.

Haftstrafe wegen besonders schweren Landfriedensbruchs

Einer von ihnen ist Tim H. Er ist auffallend groß, hält ein Megafon in der Hand. Als er beobachtet, wie der Polizist auf die am Boden liegende Person eindrischt, ruft er den Beamten zu: "Nazi-Schweine!"

Im Januar 2013 verurteilt das Amtsgericht Dresden den 38 Jahre alten, nicht vorbestraften

Familienvater zu einer Haftstrafe von einem Jahr und zehn Monaten - ohne Bewährung. Wegen Beleidigung, aber vor allem wegen Körperverletzung und besonders schweren Landfriedensbruchs.

Der Vorsitzende Richter des Schöffengerichts sieht Tim H. als mutmaßlichen Rädelsführer der Gewaltexzesse. Mittels eines Megafons und den Worten "Kommt nach vorne!" soll Tim H. eine Menschenmenge beim Durchbruch durch eine Polizeisperre angeleitet sowie in einer späteren Situation einen Polizeibeamten beleidigt haben.

Das Urteil soll wohl abschreckende Wirkung haben. Die Begründung stützt das Gericht auf Videos, die eine Sonderkommission der Polizei zusammengestellt hat. Tim H. legt Berufung ein.

"Es ist doch der Hammer"

Am Dienstagabend sprach ihn das Landgericht Dresden vom Vorwurf des besonders schweren sowie des einfachen Landfriedensbruchs frei und verurteilte ihn zu einem Bußgeld - wegen Beleidigung eines Polizeibeamten. Tim H. muss 90 Tagessätze zu je 45 Euro zahlen. Das ist knapp unterhalb der Grenze einer Vorstrafe.

Seine Verteidiger Sven Richwin und Ulrich von Klinggräff hatten auf Freispruch plädiert und darauf verwiesen, dass das vorgelegte Polizeivideo so bearbeitet worden sei, dass entlastende Szenen entfernt waren und dass anderes Videomaterial gänzlich vorenthalten wurde.

"Es ist doch der Hammer, dass hier Leute ins Gefängnis kommen, weil ein Polizist ein Video derart zusammenschneidet, dass es für die Anklage passt. Und dann sehen wir in der ungeschnittenen Version, wie nur eine Sekunde, nachdem das offizielle Polizeivideo endet, noch vier weitere Personen mit Megafon durchs Bild laufen", sagte Rechtsanwalt Richwin in seinem Plädoyer. Das sei "hart an der Grenze der Rechtsstaatlichkeit". Man stelle sich "erschreckt die Frage, in wie viel anderen Verfahren das einfach so durchläuft".

Das Gericht sah es ähnlich, auch wenn es sich in seiner mündlichen Urteilsbegründung mit dem Vorwurf der Manipulation der Beweismittel zurückhielt. Das Video der Polizei sei jedoch "praktisch nicht brauchbar und bis zur letzten Sekunde nicht authentisch", erklärte der Vorsitzende Richter Walter Voigt und lobte die Arbeit der Verteidiger, die ein weiteres Video vorgelegt hatten.

Bodo Ramelow droht Verfahren in ähnlichem Fall

Dieses bewies, dass nicht nur Tim H. an jenem 19. Februar zwischen 10.35 und 10.50 Uhr an der Kreuzung Bernhardstraße Ecke Bamberger Straße mit einem Megafon stand - sondern mindestens vier weitere Demonstranten. Auf die Idee, nach weiteren Videos beziehungsweise weiteren Megafonen zu suchen, waren Richwin und Klinggräff nur gekommen, weil bereits der Prozess gegen den Stadtjugendpfarrer von Jena, Lothar König, von schlampiger Ermittlerarbeit geprägt war. Auch bei ihm wurde der Vorwurf des Landfriedensbruchs fallengelassen und das Verfahren gegen eine Geldauflage eingestellt.

Die "gute Arbeit der Verteidigung" sei eigentlich die Aufgabe der Polizei gewesen, sagte Voigt. Stattdessen habe sie sich vorschnell auf "den Großen" eingeschossen. "Alles andere wurde ignoriert." Selbst wenn Tim H. - wie ihm die Staatsanwaltschaft vorwirft - "Kommt nach vorne!" gerufen habe, sei das kein schwerer Landfriedensbruch. Letztlich sei die Unschuldsvermutung ein Grundprinzip des Rechts. "Was offen bleibt, kann man nicht mit Mutmaßungen füllen", so Voigt.

Die Staatsanwaltschaft hatte weiterhin an ihren Vorwürfen festgehalten und eine abgemilderte Bewährungsstrafe von acht Monaten beantragt, weil sich das Verfahren bereits seit Jahren hinzieht.

Ein ganz ähnliches Verfahren könnte demnächst anstehen: Das Amtsgericht Dresden hatte beim Präsidenten des Thüringer Landtags die Aufhebung der Immunität des neuen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) beantragt. Ramelow hat inzwischen selbst die Aufhebung beantragt. Er soll am 13. Februar 2010 mit Tausenden anderen Demonstranten einen Aufmarsch der rechtslastigen Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland blockiert und diese Blockade "maßgeblich mitinitiiert" haben.

Das Verfahren gegen den Politiker wurde bereits am 14. April eingestellt, allerdings sollte Ramelow im Gegenzug einen Strafbefehl über 20 Tagessätze à 170 Euro akzeptieren. Die Kosten des Verfahrens sollten an die Staatskasse gehen, der Linken-Politiker jedoch auf seinen Anwaltskosten sitzen bleiben. Dagegen hatte Ramelow Rechtsmittel eingelegt.

Die Prüfung der Aufhebung der Immunität gehe derzeit "seinen parlamentarischen Gang", sagte Ramelows Pressesprecherin SPIEGEL ONLINE. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, dass sie der Justizausschuss aufhebt. Ramelow hatte seinen Unmut bereits beim Prozess gegen Jenas Jugendpfarrer Lothar König im Dresdner Amtsgericht kundgetan.

Prozess gegen Tim H.: Staatsanwalt legt Revision ein

neues deutschland, 08.01.2015, nd

Der 38-Jährige hatte erst am Dienstag milderer Urteil wegen Blockade von Naziaufmarsch 2011 erhalten / Erneut Kritik an »haarsträubenden Ermittlungsmethoden der Dresdener Polizei«

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat im Prozess gegen den Antifaschisten Tim H. Revision gegen das Urteil des Landgerichts Dresden eingelegt. Der 38-Jährige war erst am Dienstag wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 45 Euro verurteilt worden. Das Gericht hatte dabei einen Richterspruch aus erster Instanz deutlich abgemildert. Das Amtsgericht Dresden hatte den Berliner im Januar 2013 noch zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt, nachdem es ihn als Rädelführer bei einem schweren Fall des Landfriedensbruchs für schuldig befunden hatte. Ihm war vorgeworfen worden, bei Protesten gegen Naziaufmärsche am 19. Februar 2011 in Dresden einen gewalttätigen Durchbruch von Nazigegnern durch eine Polizeisperre per Megafon koordiniert zu haben.

Im Berufungsverfahren hatte sich die Beweislage indes als schwach herausgestellt. Ein Video der Polizei, das H. belasten sollte, klammerte aus, das am Ort des Geschehens bis zu fünf Personen mit Megafon anwesend waren. Verteidiger Ulrich von Klinggräff warf den Polizisten in der Verhandlung »Stimmungsmache« vor. Er forderte einen Freispruch. Auch die Staatsanwaltschaft blieb mit ihrem Antrag, H. zu acht Monaten auf Bewährung zu verurteilen, weit unter dem Strafmaß aus dem ersten Prozess. Im Urteil warf das Gericht den Ermittlern vor, sich »vorschnell auf den »Großen« eingeschossen« zu haben. Tim H. War nicht zuletzt aufgrund seiner Körpergröße in das Visier der Ermittler geraten.

Das Bündnis »Kommt nach vorne«, das Solidarität mit Tim H. organisiert, sprach von »haarsträubenden Ermittlungsmethoden der Dresdener Polizei«. Es seien Videos »so geschnitten« worden, dass sie Sekunden, bevor Entlastendes gezeigt wird, enden. »Fotos und andere Videoaufnahmen der Polizei fehlten in den Akten vollständig. Polizeizeugen hatten in Ihren Aussagen offenbar voneinander abgeschrieben«, heißt es in einer Erklärung vom Freitag. Die Verteidigung hat ihrerseits angekündigt wegen der Verurteilung zur Beleidigung Revision einzulegen.

AfD schließt Zusammenarbeit mit Pegida nicht aus

faz, 08.01.2015, locke./ gif./ Reuters/AFP

Nach einem Treffen mit Initiatoren der Pegida-Proteste spricht die AfD-Vorsitzende Frauke Petry von „inhaltlichen Schnittmengen“. Es sei falsch, Pegida Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzuwerfen.

Sachsens AfD-Fraktion hat bei ihrem Treffen mit den Organisatoren der Dresdner Pegida-Demonstrationen („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) „offensichtlich inhaltliche Schnittmengen“ festgestellt. Das teilte die AfD-Vorsitzende Frauke Petry am Donnerstag im Dresdner Landtag mit. An dem zwei Stunden langen Treffen am Mittwochnachmittag, das kurzfristig an einen geheimen Ort verlegt worden war, haben laut Petry sieben Organisatoren von Pegida teilgenommen, darunter auch die neue Sprecherin des Vereins, Kathrin Oertel. Von Pegida selbst lag bisher keine Stellungnahme vor.

Laut Petry habe das Treffen „einem Kennenlernen“ dienen sollen. „Es ist unsere demokratische Pflicht, in Dialog mit den Bürgern zu treten, wenn Dialog gefordert wird“, sagte sie. Weitere Termine oder eine Zusammenarbeit habe man bisher nicht vereinbart, sie sind aber auch nicht ausgeschlossen. „Die AfD ist eine Partei und Pegida will eine Bürgerbewegung bleiben“, sagte Petry. „Sie und wir wollten keinen Schulterchluss, und ich halte das für richtig.“ So würden auch weder sie noch andere AfD-Vertreter vorerst auf Pegida-Demonstrationen zu den Teilnehmern sprechen.

Allerdings seien sich AfD und Pegida einig, dass Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz sowie mehr direkte Demokratie in Form von Volks- und Bürgerentscheiden brauche. Weiterhin stimme man darüber ein, dass die Polizei besser ausgestattet und das Gender-Mainstreaming abgeschafft gehörten. Darüber hinaus habe Pegida weitere Themen angekündigt, die man künftig auf den Demonstrationen zur Sprache bringen wolle, Beispiele dazu nannte Petry nicht. Es sei jedoch klar geworden, dass das 19 Punkte umfassende Positionspapier des Bündnisses lediglich einen Teil der Themen abbilde. Petry selbst sagte, dass sie das Papier „in vielen Punkten als unzureichend“ empfinde, Pegida selbst jedoch die gesamte Breite der Ansichten widerspiegele, die Leute auf die Straße treibe.

„Rassistische Äußerungen unterbinden“

Laut Petry seien die sieben Pegida-Vertreter glaubwürdig aufgetreten; ihrem Eindruck nach agiere das Team arbeitsteilig, auch sei der bisherige Anführer und Initiator Lutz Bachmann offenbar nicht mehr der Chef. Entscheidungen über Kundgebungen und Redner würden „demokratisch“ getroffen. Hetzreden und rassistische Äußerungen wollten die Organisatoren künftig unterbinden; zudem hätten sie versichert, sofort mit den Demonstrationen aufzuhören, sollten sich diese radikalisieren.

Petry bestätigte den bisherigen Eindruck, dass Pegida aus einer Freundesgruppe entstanden sei, die vom Erfolg völlig überrollt wurde. Die Frage, ob diese Freunde die Lage angesichts der wachsenden Teilnehmerzahl noch im Griff haben, konnte Petry nicht beantworten. Der Anschlag in Paris sei kein Thema des Gesprächs gewesen. Man müsse jedoch angesichts dieses Verbrechens künftig klar zwischen Islam und Islamismus differenzieren, sagte Petry. Pegida selbst wirbt auf seiner Internetseite mit Trauerflor für die Kundgebung am kommenden Montag.

Pegida wertet das Attentat auf die Redaktion der französischen satirischen Zeitschrift „Charlie

Hebdo“ in Paris als Beleg dafür, dass Islamisten nicht demokratiefähig seien, sondern auf Gewalt und Tod als Lösung setzten. „Unsere Politiker wollen uns aber das Gegenteil glauben machen“, erklärte die Organisation auf ihrer Facebook-Seite. Auf Pegida-Kungebungen wandten sich Redner nicht nur gegen radikalisierte Muslime sondern gegen den Islam im Allgemeinen. So wurden etwa muslimische Bestattungsriten kritisiert.

Lucke mahnt Besonnenheit an

Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke mahnte besonnene Reaktionen an. Das Attentat auf „Charlie Hebdo“ bezeichnete er in einer Erklärung am Donnerstag als „ein abscheuliches Verbrechen“. Er forderte „mit allen Mitteln des Rechtsstaates“ gegen „gewaltbereiten islamistischen Fundamentalismus“ vorzugehen. Zugleich warnte Lucke davor, „die Gewalttat zweier Extremisten einer ganzen Religionsgemeinschaft anzulasten, deren Großteil aus friedliebenden, unbescholtenen Menschen besteht“. Deswegen sei „Besonnenheit“ gefragt.

Der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hatte den Anschlag als Beleg für die Gefahr des islamistischen Terrors in Europa und „der Mitte unserer Gesellschaft“ bezeichnet und die islamkritischen Pegida-Protteste mit Verweis auf das Attentat in Paris gerechtfertigt.

Der dritte AfD-Sprecher, Konrad Adam, wiederum zog eine Parallele zwischen dem Anschlag auf das Satire-Blatt und der These vom „Kampf der Kulturen“. Der Satz aus dem gleichnamigen Buch von Samuel Huntington, der Islam habe „blutige Ränder“, scheine sich „als richtig zu erweisen“, sagte Adam der Zeitschrift „Focus“.

AfD Sachsen sieht Gemeinsamkeiten mit Pegida

Zeit, 08.01.2015

Die Alternative für Deutschland (AfD) sieht inhaltliche Schnittmengen mit der umstrittenen Pegida-Bewegung, strebt aber keine Zusammenarbeit mit ihr an. Dies sei von Pegida auch gar nicht gewollt, sagte die Fraktionschefin der AfD im sächsischen Landtag, Frauke Petry, nach einem Treffen mit Vertretern der selbst ernannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Pegida wolle sich nicht von Parteien abhängig machen und eine Bürgerbewegung bleiben. Ähnliche Ansichten habe man etwa in der Flüchtlingspolitik.

Fraktionsgeschäftsführer Uwe Wurlitzer ergänzte auf Nachfrage, eine Kooperation sei auch gar nicht möglich, weil Pegida eine Bürgerbewegung sei und die AfD eine Partei.

Petry hatte sich am gestrigen Mittwoch im Businesspark Dresden zwei Stunden lang mit sieben Pegida-Vertretern getroffen. Das Gespräch sollte ursprünglich im Landtag stattfinden, die Organisatoren verlegten es aber kurzfristig – aus Sicherheitsgründen.

Weitere Gespräche seien vorerst nicht geplant, aber auch nicht ausgeschlossen, sagte Wurlitzer ZEIT ONLINE. Er empfehle aber anderen Fraktionen, ebenfalls mit den Pegida-Vertretern zu sprechen.

Die anderen Fraktionen haben das bisher ausgeschlossen. Pegida versteht sich als überparteiliche Bewegung. Organisatoren und auch Anhänger hatten sich wiederholt herabsetzend über Politiker und Medien geäußert und einen Dialog bisher abgelehnt. Die Einladung der AfD in Sachsen war die erste, die Pegida annahm.

Natürliche Verbündete

Die Fraktionschefin Petry kritisierte andere Parteien, die der Bewegung vorwerfen, rassistische und fremdenfeindliche Ziele zu verfolgen. "Das halten wir für falsch", sagte Petry, die zugleich Bundessprecherin der AfD ist. Zuvor hatte Co-Chef Bernd Lucke seine Partei ermahnt, sich zurückzuhalten. Gespräche mit der Pegida seien in Ordnung, das sei aber noch kein Schulterschluss, sagte Lucke.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag, Alexander Gauland, hatte seine Partei im Dezember als "die ganz natürlichen Verbündeten" der Pegida-Bewegung bezeichnet. Dem Inforadio des RBB sagte Gauland: "Wenn sie diese 19 Punkte angucken, die in Dresden bei Pegida-Demonstrationen verteilt werden, sind wir sehr nahe." Damit bezog er sich auf ein Positionspapier der Bewegung.

Pegida hatte auch das Attentat auf die Charlie-Hebdo-Redaktion kommentiert. Es würde zeigen, dass Islamisten nicht demokratiefähig seien, sondern Probleme mit Gewalt und Tod lösen würden. "Unsere Politiker wollen uns aber das Gegenteil glauben machen", heißt es in einer Mitteilung der Organisation.

Netzangriffe: Anonymous-Anhänger nehmen Pegida ins Visier

spiegel, 08.01.2015, Tobias Lill

Bei Pegida ist man sichtlich stolz auf die eigene Präsenz im Netz. "Vielen Dank, Freunde! Ihr seid unglaublich!", jubelten die Islamgegner auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vergangene Woche, nachdem die Zahl der Likes die Hunderttausender-Marke übersprungen hatte.

Doch der heilen Online-Welt der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" droht offenbar Ungemach. Denn Pegida scheint ins Visier von Anonymous-Anhängern geraten zu sein.

In einer mit dramatischer Musik und Anonymous-Logo eingeleiteten Video-Ansprache drohen angebliche Aktivisten des losen Kollektivs auf YouTube mit Attacken gegen die Islamkritiker: "Anonymous wird nicht mehr tatenlos zusehen, wie Angst und Hass durch Pegida verbreitet werden. Wir werden massiv gegen Pegida und deren Ableger im Internet vorgehen", heißt es darin.

In einem Statement auf der Plattform Pastebin nennen die Hacker zudem konkrete Ziele wie E-Mail-Adressen und Internetseiten aus dem vermeintlichen oder tatsächlichen Pegida-Umfeld, darunter auch der Facebook-Auftritt von Pegida selbst. Auch die Webseite von "Hooligans gegen Salafisten" (Hogesa) wird als potenzielles Ziel genannt.

Öffentlicher Aufruf zur "Operation Pegida"

Die deutsche Website "Anonymous News Germany", die regelmäßig über Anonymous-Aktionen berichtet, hat das mit dem Titel "Operation Pegida" versehene Video unter anderem bei YouTube und auf der eigenen Homepage veröffentlicht. "Anonymous News Germany" wurde das Video nach eigenen Angaben am Sonntagabend von deutschen Anonymous-Aktivisten zugespielt. Die Nachrichtenseite gilt als gut vernetzt mit Aktivisten des Kollektivs.

Man hoffe, die "Operation Pegida" bleibe aufklärend und informativ und ende nicht einfach "in wilden DDoS oder Defacements", teilt das Portal mit. Distributed-Denial-of-Service-Angriffe

(DDoS) sind Cyber-Attacken, bei denen Webseiten durch massenhafte Anfragen überlastet und lahmgelegt werden. Unter "Defacement" versteht man das Entstellen einer Website, etwa so, dass statt des üblichen Inhalts ein Spottbild oder eine Botschaft der Hacker zu sehen ist.

Offenbar zeigt der Aufruf der Unbekannten bereits Wirkung: Der IT-Szene-Blog "Tarnkappe" berichtete Anfang der Woche, die Internetseite der "Kasseler gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Kagida) sei nicht mehr erreichbar. "Anfangs wurde lediglich eine Sicherheitslücke des Webservers ausgenutzt, um die Inhalte nicht mehr zugänglich zu machen. Jetzt steht die Webseite unter DDoS und kann gar nicht mehr besucht werden", schreibt das Portal. Auch im Laufe der Woche war Kagida.de trotz zahlreicher Abrufversuche "nicht verfügbar". Kagida ließ eine Anfrage von SPIEGEL ONLINE, ob die Nichterreichbarkeit der Website einem Hacker-Angriff geschuldet ist, unbeantwortet.

Sprecher nennt Angreifer "kriminelle Arschlöcher"

Dem Bericht zufolge war auch die Webseite Patrioten.net "aufgrund heftiger DDoS-Attacken" zumindest am Montag nicht erreichbar. Derzeit ist die dem Berliner Pegida-Ableger Bärghida nahestehende Seite allerdings problemlos abrufbar. Ein Sprecher des Orga-Teams von Bärghida ließ ausrichten, man habe bisher nichts von einem Hacker-Angriff auf Patrioten.net bemerkt. Falls es eine Cyber-Attacke gegeben habe, steckten "kriminelle Arschlöcher" dahinter. Pegida selbst ließ einen umfassenden Fragenkatalog von SPIEGEL ONLINE bislang unbeantwortet.

Ein Blog hatte diese Woche zudem berichtet, Anonymous habe auch die Internetseite des Leipziger Pegida-Ablegers Legida lahmgelegt. Auf einer Seite namens www.legida.de prangt seit einigen Tagen tatsächlich in großen Lettern der Schriftzug "#keinfussbreit für fremdenfeindliche Hetze und Rassismus". Ein Legida-Sprecher verweist jedoch darauf, dass die offizielle Seite www.legida.eu noch immer abrufbar ist. Legida.de sei niemals von Pegida genutzt worden: "Wir haben mit der Seite nichts zu tun." Dennoch nehme man die Drohungen der Hacker ernst. Angriffe auf Ku-Klux-Klan, NPD und AfD

Attacken von Anonymous-Aktivisten oder -Sympathisanten auf rechte Gruppierungen sind keine Seltenheit. 2012 erschienen auf einer extra dafür eingerichteten Internetseite die Namen und Telefonnummern hunderter mutmaßlicher Rechtsextremer. Im Sommer 2014 hatten Unbekannte zunächst Seiten der NPD lahmgelegt, Wochen später veröffentlichte ein österreichischer Anonymous-Ableger dann persönliche Daten zahlreicher sächsischer AfD-Mitglieder. Man beobachte "schon seit einiger Zeit und mit Besorgnis die intolerante Panikmache der Pegida-Bewegung", rechtfertigen die Unbekannten die aktuellen Angriffe in ihrer Videobotschaft.

Anonymous ist keine Organisation im eigentlichen Sinne, sondern eine lose Gruppierung. Jeder kann sich den Namen und das Symbol aneignen. Es gibt allerdings offenbar Positionen, die viele Sympathisanten teilen. Der Kampf gegen Rassismus und für Toleranz scheint ebenso wichtig zu sein wie der gegen Scientology oder für die Netzfreiheit. Erst im November hackte Anonymous den Twitter-Account des Ku-Klux-Klan (KKK) und veröffentlichte Namen und Bilder von Mitgliedern. Ähnliches könnte nun auch Pegida blühen.

AfD sieht Schnittmengen mit "Pegida"

ARD, 08.01.2015

Die rechtspopulistische AfD in Sachsen sieht "inhaltliche Schnittmengen" mit der islamfeindlichen

Bewegung "Pegida". Einigkeit gebe es unter anderem bei der Forderung nach einem modernen Einwanderungsrecht in Deutschland und nach einer Stärkung der Bürgerbeteiligung, sagte Frauke Petry, Vorsitzende der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag, nach einem Treffen mit Pegida-Organisatoren in Dresden. Dies sei das wesentliche Ergebnis eines Treffens mit sieben Vertretern der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida).

Petry: "Keine Zusammenarbeit"

Petry, die auch Ko-Vorsitzende der AfD ist, betonte zugleich, es sei bei dem knapp zweistündigen Treffen am Mittwochabend nicht um eine künftige Zusammenarbeit gegangen. Die AfD verfolge "keine strategischen Interessen" und arbeite "als Partei auf anderer Ebene".

Petry wandte sich erneut gegen die Vorbehalte der meisten Parteien, die der "Pegida" Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorwerfen. "Das halten wir für falsch", erklärte Petry. "Pegida" hatte das Attentat auf die Redaktion der französischen satirischen Zeitschrift "Charlie Hebdo" in Paris als Beleg dafür gewertet, dass Islamisten nicht demokratiefähig seien, sondern auf Gewalt und Tod als Lösung setzten. "Unsere Politiker wollen uns aber das Gegenteil glauben machen", erklärte die Organisation auf ihrer Facebook-Seite weiter. Auf "Pegida"-Kungebungen wandten sich Redner nicht nur gegen radikalisierte Muslime sondern gegen den Islam im Allgemeinen. So wurden etwa muslimische Bestattungsriten kritisiert.

Von der Pegida waren sieben Organisatoren der Einladung zu den Gesprächen mit der AfD gefolgt. Auch sie sehen Schnittmengen bei den Themen Einwanderung und Asylpolitik. "Wir sind uns darüber hinaus einig, dass wir beim Thema Innere Sicherheit immensen Nachholebedarf haben", erklärt Kathrin Oertel, eine der Pegida-Organisatorinnen. "Wir werden den Dialog fortsetzen und freuen uns, wenn dem Beispiel der AfD auch die anderen demokratischen Parteien folgen, die im Sächsischen Landtag vertreten sind", sagt Oertel.

Lucke warnt vor Pauschalverurteilungen

Innerhalb der AfD gibt es allerdings keine Einigkeit über den Umgang mit "Pegida". Der AfD-Bundesvorsitzende, Bernd Lucke, hatte vor dem Treffen zur Vorsicht im Umgang mit "Pegida" gewarnt. Reden sei noch lange kein "Schulterschluss". Lucke äußerte jetzt sein Entsetzen über die Terrorattacke auf die Redaktion von "Charlie Hebdo". Der Chef der rechtskonservativen Partei warnte jedoch vor Pauschalverurteilungen. Er rief zu "Besonnenheit" auf: "Man darf nicht die Gewalttat zweier Extremisten einer ganzen Religionsgemeinschaft anlasten, die zum Großteil aus friedliebenden, unbescholtenen Menschen besteht."

Ganz anders hatte sich am Vortag der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion aus Brandenburg, Alexander Gauland, geäußert. Der 73-Jährige, der dem AfD-Bundesvorstand als Stellvertreter angehört, hatte den islamistischen Anschlag auf das Satiremagazin als Bestätigung für die Thesen der "Pegida" interpretiert. Bei dem Angriff auf die Redaktionsräume in Paris waren am Mittwoch zwölf Menschen getötet worden.

Anonymous attackiert Pegida

Heise, 09.01.2015

Mutmaßliche Anonymous-Anhänger drohen in einem Youtube-Video mit Attacken gegen die Islamkritiker Pegida. Neben der Nennung konkreter Ziele gibt es auch schon erste Angriffe auf

Internetseiten des Vereins.

Aktivisten, die sich als Mitglieder des losen Anonymous-Kollektives bezeichnen, nehmen Pegida in einem Youtube-Video ins Visier und richten sich offensiv gegen die nationalistischen Islamkritiker. Dabei wollen die Aktivisten im allgemeinen gegen Pegida vorgehen und insbesondere im Internet entsprechende Aktionen einleiten. In einem Dokument werden in Form von Internet- und E-Mail-Adressen konkrete Ziele genannt; auch die Facebook-Seite der Islamkritiker ist darunter zu finden. Ein Statement dort oder an anderer Stelle seitens Pegida gibt es derzeit noch nicht.

Der Videobeitrag wurde im Youtube-Kanal der deutschen Internetseite Anonymous News Germany hochgeladen und auch auf der eigenen Webpräsenz veröffentlicht. Die Betreiber haben das Video nach eigenen Angaben vergangenen Sonntagabend von deutschen Anonymous-Aktivisten zugespielt bekommen. Die Seitenbetreiber hoffen nun auf aufklärende und informative Aktionen und sprechen sich gegen „wilde“ DDoS- und Defacement-Attacken aus. Beide Angriffsformen hat es bereits gegeben: Beispielsweise ist die Internetseite des Kasseler Pegida-Abkömmlings nicht mehr erreichbar, auf www.legida.de findet sich ein antirassistischer Ausspruch wieder.
